



Jahresschwerpunktthema 2010:

**„ARBEIT 2020 – TÄTIGSEIN  
IN SOZIALER SICHERHEIT!“**

TEILHABER  
BEGLEITET



Vorwort.....	4
EINLEITUNG .....	6
„Ich arbeite, also bin ich!“ .....	6
Spiritualität der Arbeit (Laborem exercens).....	7
Menschenbild der KSL.....	9
SEHEN .....	12
Aktuelle Erfahrungen von Arbeit.....	12
Süddeutsche Zeitung vom 10.07.2009: .....	18
Atypische Beschäftigung.....	20
Gesellschaft im Reformprozess .....	24
Kommunale Daseinsvorsorge und ihre Auswirkungen auf Arbeit und Arbeitsplätze .....	27
Szenarien, wie Arbeit 2020 aussehen wird.....	31
Triade der menschlichen Arbeit.....	35
Gewichtung der Triade der Arbeit nach Stunden.....	36
Tätigkeitsgesellschaft.....	36
Die wichtigsten Modelle von Grundeinkommen.....	37
Beschluss der KAB Deutschlands zum Grundeinkommen.....	40
URTEILEN.....	45
Bibelstellen zum Thema.....	45
Aussagen der Kath. Soziallehre.....	46
Leitantrag Diözesanrat 2009.....	53
HANDELN .....	56
Gute Arbeit und gutes Leben für alle! .....	56
Vorschläge zu Aktionen .....	57
Bausteine zur Gestaltung thematischer Gottesdienste .....	58
Anhang.....	62
Internet Adressen.....	62
Referenten zum Thema.....	64
Sagen wir es mit einem Lied?! .....	65
Impressum:.....	68

## **Vorwort**

des Diözesanvorstandes und Bildungswerkvorstandes

Die dramatischen Umbrüche der letzten Jahrzehnte in der Arbeitswelt stellen uns vor die drängende Frage: Hat die traditionelle Arbeitsgesellschaft überhaupt noch eine Zukunft? Die Dringlichkeit dieser Frage wird uns durch die gegenwärtige schwere Wirtschaftskrise mit all ihren Folgen immer deutlicher vor Augen geführt. Denn die gesellschaftliche Fixierung auf die Erwerbsarbeit und ihre Gleichsetzung mit sinnvoller Tätigkeit wird immer problematischer und immer weniger zukunftsfähig.

Der am Leistungsprinzip und am größtmöglichen Profit orientierte Arbeitsmarkt ist gespalten in einen ersten und in einen zweiten Arbeitsmarkt und in eine immer größer werdende Gruppe von Menschen, die überhaupt keine Chance mehr auf dem Arbeitsmarkt haben. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vom Juli 2008 enthält dazu drastische Zahlen. 13% der Bundesbürger sind demnach arm, sie verdienen weniger als 781 Euro netto. Rund 2 Millionen Kinder in Deutschland leben in Armut. Insgesamt hat sich die soziale Kluft in Deutschland weiter vertieft. Diese fortschreitende Spaltung unserer Gesellschaft hat ihre Ursachen in der Ausrichtung unseres Wirtschaftssystems nach maßlosem Profit sowie in den derzeitigen Strukturen des Arbeitsmarktes, die immer mehr Verlierer hervorbringen.

Das Ziel einer Erwerbsvollbeschäftigung nach dem herkömmlichen Muster der Industriegesellschaft scheint uns deshalb gesellschaftlich, aber auch wirtschaftlich und ökologisch illusorisch zu sein. Daher ist für uns die Zeit reif für einen grundlegenden Strukturwandel der Arbeitswelt, für die Schaffung einer neuen zukunftsfähigen Arbeitsgesellschaft. Denn Arbeit ist weit mehr als Erwerbsarbeit – auch wenn diese in Zukunft für die Sicherung des Lebensunterhalts weiterhin entscheidend sein wird. Daher tritt die KAB dafür ein, die Erwerbsarbeitsgesellschaft hin zu einer „Tätigkeitsgesellschaft“ fortzuentwickeln, die als Leitorientierung für eine moderne soziale und ökologische Marktwirtschaft dienen kann.

Unser diesjähriges Schwerpunktthema **„Arbeit 2020 – Tätigsein in sozialer Sicherheit!“** will diese Vision einer neuen Arbeitsgesellschaft aufzeigen, in der die drei gesellschaftlich notwendigen Bereiche menschlicher Tätigkeit – die Erwerbsarbeit, die Haus- und Familienarbeit, die ehrenamtliche Gemeinwesen bezogene Arbeit – als gleichwertige, einander ergänzende Formen der Arbeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft anerkannt und gefördert werden. Grundlegende Maßstäbe für eine solche Neugestaltung der Arbeitsgesellschaft bilden für uns die Prinzipien der Katholischen Soziallehre, allen voran die unantastbare Würde des Menschen und der menschlichen Arbeit.

Mit unserem Thema wollen wir in Gesellschaft, Politik und Kirche für diese Zukunftsvision werben. Wir freuen uns, wenn viele unserer KAB-Vorstände und Bildungsbeauftragte auf Orts- und Kreisebene unser Schwerpunktthema 2010 aufgreifen und in die Öffentlichkeit hineintragen – durch Bildungsabende, thematische Gottesdienste, Podiumsgespräche mit politischen Mandatsträgern, öffentlich wirksame Aktionen sowie Kooperationsveranstaltungen mit kirchlichen und außerkirchlichen Verbänden, Organisationen und Bildungswerken.

Als Katholische Arbeitnehmer-Bewegung sind wir davon überzeugt: Trotz Wirtschaftskrise ist die Arbeitsgesellschaft nicht am Ende! Die Vision einer neuen Tätigkeitsgesellschaft macht deutlich: Arbeit hat weiterhin Zukunft!

Gott segne unseren Einsatz für eine gerechte, solidarische und menschenwürdige Arbeitswelt!

Für das KAB Bildungswerk

*Brigitte Rüb-Hering*  
Vorsitzende

*Gerhard Endres*  
Vorsitzender

Für den KAB Diözesanverband

*Hanne Möller*  
Diözesanvorsitzende

*Charles Borg-Manché*  
Diözesanpräses

*Hanns Peters*  
Diözesanvorsitzender

## EINLEITUNG

### „Ich arbeite, also bin ich!“

- o *„Ich arbeite nicht“*, sagt die „Nur-Hausfrau“ mit drei Kindern
- o *„Die Arbeit macht mich kaputt,“* sagt der Bauarbeiter
- o *„Die Arbeit macht richtig Spaß“*, sagt der Künstler vor seinem Bild
- o *„Die Arbeit ist mir zu schwer“*, sagt der Handwerksmeister, der in der Berufsschule unterrichten soll
- o *„Die Arbeit ist mir zu langweilig“*, sagt die Büroangestellte vor der Lohnabrechnung
- o *„Meine Arbeit ist sehr verantwortungsvoll“*, sagt der Arzt oder Manager als Begründung für sein Gehalt
- o *„Ich brauche drei Arbeitsstellen, um leben zu können“*, sagt die allein-erziehende Mutter mit zwei Kindern
- o *„In meinem Alter gibt mir keiner mehr Arbeit“*, sagt der oder die 55jährige
- o *„Arbeit ist nur das halbe Leben“*, sagt der Lehrer, der auf 20 Unterrichtsstunden reduziert hat
- o *„Ich weiß nicht für welches Produkt ich hier arbeite“*, sagt der/die FließbandarbeiterIn
- o *„Ich arbeite für den Krieg“*, sagt der Mann im Rüstungsbetrieb
- o *„Ich arbeite für den Frieden“*, sagt die Demonstrantin bei der Friedensdemo
- o *„Meine Arbeit ist Sch...-Arbeit“*, sagt der Mann bei der Müllabfuhr, „aber nötig!“
- o *„Meine Frau braucht nicht zu arbeiten“*, sagt Dr. ....
- o *„Meine Arbeit interessiert keinen“*, sagt die Hausfrau und Mutter beim Kochen oder Bügeln oder Putzen
- o *„Ich arbeite in einem sehr anspruchsvollen Kleinunternehmen“*, sagt die Familienfrau
- o *„Meine Arbeit ist unterbezahlt“*, sagt die Frau an der Kasse im Supermarkt
- o *„Meine Arbeit macht mir den Rücken kaputt“*, sagt die Altenpflegerin
- o *„Bei meiner Arbeit im Verband weiß ich wenigstens wofür ich sie tue“*, sagt die KAB-Frau oder der KAB-Mann
- o *„Ohne Arbeit bist du nichts“*, sagt der/die Arbeitslose

Aus Sozialpolitisches Gebet 2006 KAB Aachen

## **Spiritualität der Arbeit (Laborem exercens)**

„Arbeit als Gebet - Wege dazu im Alltag“

Kochen und Putzen, Betten machen und Waschen, am Fließband und am Computer arbeiten – das bringen wir nicht ohne weiteres mit Glauben und Beten in Verbindung. Aber spätestens seit Papst Johannes XXIII. wissen wir, dass jede menschliche Tätigkeit vor Gott wie ein Gebet ist. Unser Handeln und Arbeiten an dem Platz, an dem wir leben, ist – wenn auch meist unbewusst – eine Art Zwiesprache mit Gott.

Beten heißt, sich ausdrücken und mitteilen, das eigene Leben und Arbeiten zur Sprache bringen. Dies geschieht aber nicht nur durch Worte und in der Stille, sondern auch durch unser tägliches Tun und manchmal sogar mitten im Lärm. Denn durch seine Arbeit nimmt der Mensch am Werk seines Schöpfers teil, entdeckt er Gottes Absicht mit ihm, tritt der Mensch in Verbindung mit Gott.

Bei Arbeit denken Frauen und Männer der KAB an die Triade der Arbeit und wenden so einen erweiterten Arbeitsbegriff an.

Folgerichtig ist

- Arbeit Teilnahme am Schöpfungswerk Gottes
- Arbeit, orientiert am Leiden Jesu, eine Art des Mitleidens und Mitleidens mit Leidenden (Kampf gegen Unterdrückung)
- Arbeit im Licht der Auferstehung Teilnahme am Aufbau des Gottesreiches in dieser Welt (Aufbau einer gerechten und solidarischen Welt)

Bei der Spiritualität der Arbeit geht es um die Ausgestaltung eines Lebens und Arbeitens aus einer bestimmten inneren, bzw. geistigen Haltung heraus. In der Katholischen Soziallehre wird dieses Thema erstmals in der Enzyklika „Laborem exercens“ (1981, Kapitel 5) ausgesprochen behandelt. Darin heißt es, dass es eine besondere Aufgabe der Kirche ist, *„eine Spiritualität der Arbeit zu entwickeln, die allen Menschen helfen soll, durch ihre Arbeit Gott, dem Schöpfer und Erlöser näher zu kommen, an seinem Heilsplan für Mensch und Welt mitzuwirken.“*

Bei einer Pastoraltagung hat **Prof. Friedhelm Hengsbach, SJ**, fünf Dimensionen der Arbeit als sozioethische Kriterien aufgezählt:

**1. Arbeit ist eine Ausdrucksform des Glaubens:**

Es kann keine Entgegensetzung von Schöpfung Gottes und Arbeit des Menschen geben, vielmehr haben die Menschen von Gott ein Mandat zu arbeiten erhalten.

**2. Arbeit hat eine naturale Dimension, ist Leben:**

Die Menschen setzen sich mit der Natur auseinander, um das physische Überleben zu sichern. Mit Hilfe der Technik beschaffen wir uns die Güter der Erde, die wir zum Leben brauchen; dabei sind wir aber in Gefahr, unsere Lebensgrundlagen zu zerstören.

**3. Arbeit hat eine personale Dimension, ist Selbstfindung:**

Arbeit kann und soll ein Ort der Menschwerdung des Menschen sein. Selbstfindung geschieht nicht nur durch den Weg nach innen, sondern auch durch jede sinnvolle Arbeit.

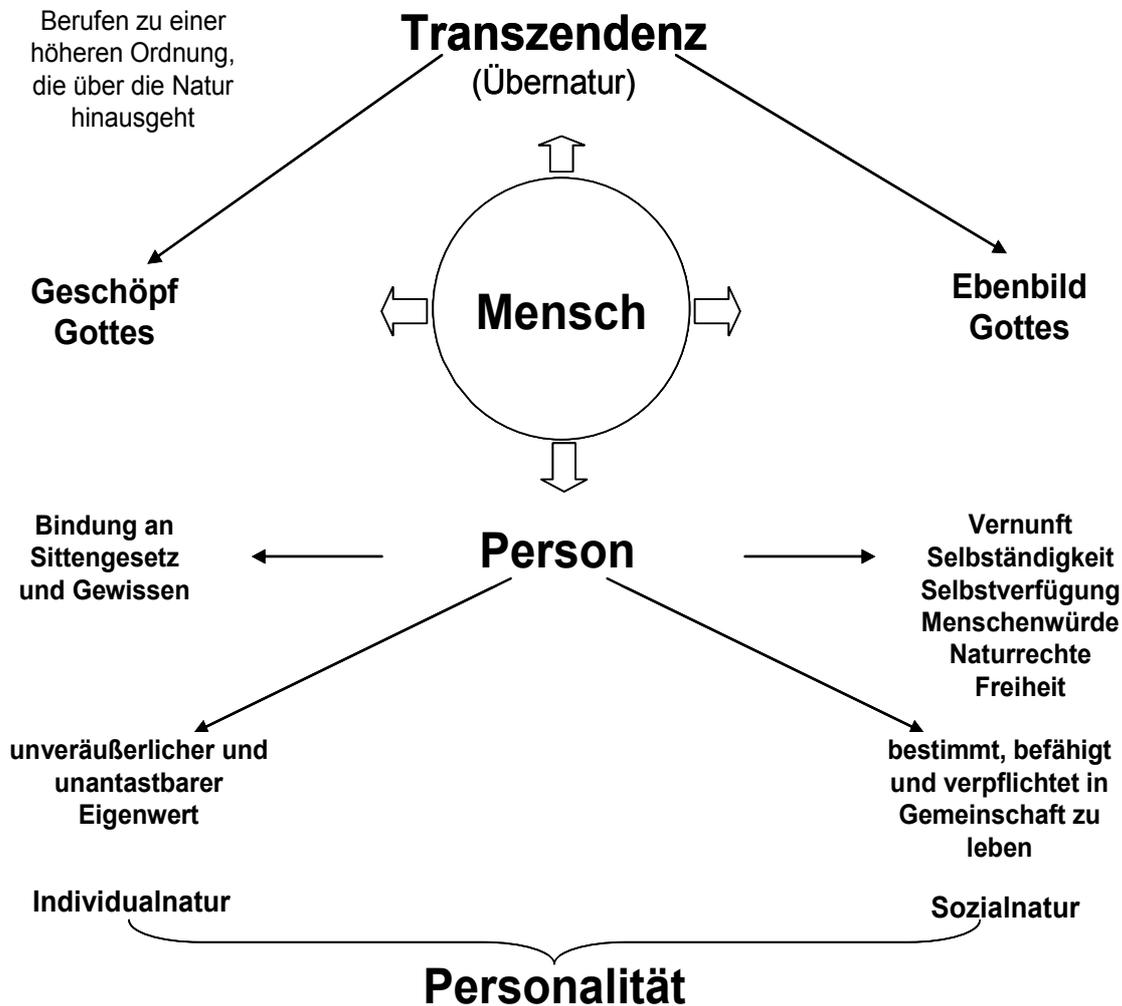
**4. Arbeit hat eine soziale Dimension, ist Kommunikation:**

Die Arbeit kann und soll dazu beitragen, dass der Mensch seine schöpferischen Kräfte in den Arbeitsprozess einbringt, gemeinsam mit anderen seinen Beitrag zum Gemeinwohl leistet und an Entscheidungsprozessen beteiligt ist.

**5. Arbeit hat eine politische Funktion, ist Kampf:**

Die politische Aufgabe besteht darin, eine Ethik der wirtschaftlichen Macht zu entwerfen und zusammen mit den neuen sozialen Bewegungen das gegenwärtige Wirtschaftsmodell auf mehr Gerechtigkeit hin weiterzuentwickeln.

## Menschenbild der KSL



### Zum Menschenbild der katholischen Soziallehre

#### Personalität:

Gen 1,27: *Gott schuf also den Menschen als sein Abbild; als Abbild Gottes schuf er ihn. Als Mann und Frau schuf er sie.* Das ist wohl die Kernaussage für das Grundprinzip der christlichen Soziallehre, das Personalitätsprinzip. Der Mensch ist von Gott als sein Ebenbild geschaffen. Darin liegt die Würde des Menschen, jedes Menschen begründet – sie ist weder antastbar, noch verlierbar. Die Menschenwürde hat jeder Mensch völlig unabhängig von Hautfarbe, Religion oder Verhalten gleichermaßen inne.

Historisch-politisch ist das Personalitätsprinzip formuliert worden, um die Rechte des Einzelnen gegenüber dem übermächtigen, absolutistischen Staat zu verteidigen. Die Personenwürde des Menschen wurde zu der wichtigsten Grundlage der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Grundgesetz, Artikel 1: *Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.*).

### **Solidarität:**

Der Mensch ist kein Einzelwesen, sondern ein soziales Wesen. Er lebt nicht alleine, sondern ist immer auch auf den anderen verwiesen und angewiesen. Der Mensch ist in seiner vom Personalitätsprinzip garantierten Freiheit und Individualität immer auch gleichzeitig sozial gebunden. Solidarität bedeutet: der Mensch ist frei, diese Freiheit kann er aber nur so weit ausleben, wie er die Freiheit anderer und damit nicht zuletzt auch die soziale Gerechtigkeit nicht beschränkt. Damit diese Grenzen nicht überschritten werden, braucht es die menschliche Solidargemeinschaft mit ihren Institutionen, Normen und Regeln.

Historisch-politisch hat sich das Solidaritätsprinzip im 19. Jahrhundert herausgebildet. Es ist die Antwort auf die Vereinzelung der Arbeiter zu Zeiten der Industrialisierung. Die Schwachen und Benachteiligten bedürfen in einer Solidargemeinschaft der besonderen Zuwendung. Der Sozialstaat ist auf der Grundlage dieses Prinzips entstanden.

### **Subsidiarität**

Die Würde des Menschen ist unantastbar und der Mensch ist auf die Solidargemeinschaft verwiesen. Daraus ergibt sich einerseits, dass der Mensch als Einzelner oder auch in einer Gemeinschaft Freiraum braucht, um sich eigenständig und eigenverantwortlich zu entfalten, ohne von übergeordneten Ebenen daran gehindert zu werden. Andererseits muss dem Einzelnen oder der Gemeinschaft die Hilfe gegeben werden, die zu einem eigenständigen und gemeinwohlorientierten Leben befähigt.

Historisch-politisch ist das Subsidiaritätsprinzip im 20. Jahrhundert entstanden, vor allem aus den Erfahrungen mit totalitären Systemen, v. a. dem Nationalsozialismus. Es sollen die Kompetenzen auf der untersten möglichen Ebene belassen werden – also: Eigenverantwortung hat Vorrang vor der reinen Betreuung durch den Staat. Die Gemeinschaft greift dort helfend ein, wo einzelne, Familien oder andere Gemeinschaften die notwendigen Leistungen nicht alleine erbringen können und befähigt sie zur Selbsthilfe.

### **Nachhaltigkeit**

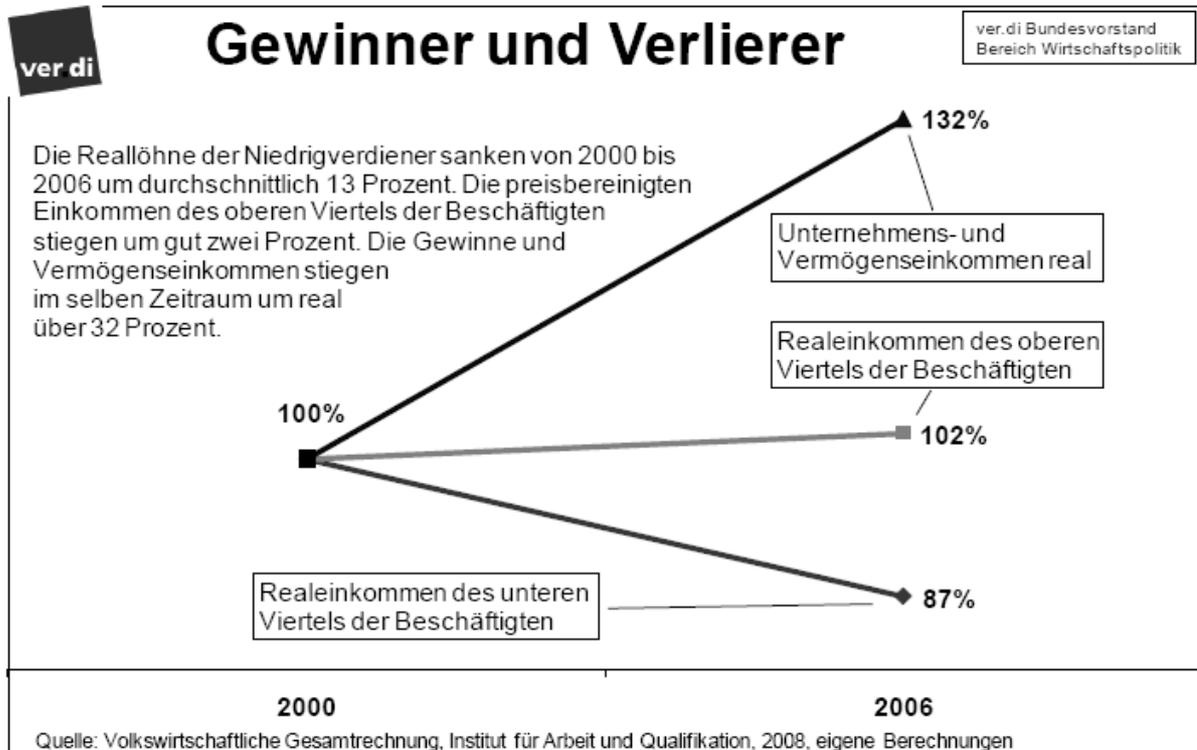
*Gen 2,15: Gott, der Herr, nahm also den Menschen und setzte ihn in den Garten von Eden, damit er ihn bebaue und hüte.*

Alle Handlungen des Menschen haben Auswirkungen auf die Umwelt des Menschen. Und Umwelt ist hier nicht nur Verstanden als die Natur, die den Menschen umgibt, sondern die gesamte menschliche Umwelt. Der Mensch ist elementar angewiesen auf seine Umwelt. Zudem begreifen wir Christen ja nicht nur den Menschen als von Gott geschaffen, sondern die Schöpfung als Ganzes. Der Mensch steht in einer Schicksalsgemeinschaft mit der gesamten Schöpfung. Ein menschlicher Fortschritt, der nicht von der Natur mitgetragen wird, der die Natur ausbeutet, das Klima verändert etc., zahlt sich auf Dauer nicht aus. Die Natur selbst setzt hier die Grenzen und die sind unerbittlich. Das zeigt der Klimawandel, der durch exzessiven Raubbau und Verbrauch von natürlichen Ressourcen beschleunigt wird und das zeigen die Gefahren, die auch eine friedliche Nutzung der Kernenergie mit sich bringt (die Sicherheit von atomaren Endlagern scheint mehr denn je fraglich zu sein).

Nachhaltigkeit heißt: Der Mensch darf nicht alles, was er kann. Nachhaltigkeit gehört zu den klassischen Sozialprinzipien dazu und ist in ihnen rückgebunden. Der Schutz unserer Umwelt ist insofern als er vor allem auch die nachfolgenden Generationen im Auge hat, Voraussetzung des Schutzes der personalen Würde des Menschen.

## SEHEN

### Aktuelle Erfahrungen von Arbeit



### **Niedriglohnbeschäftigung 2007 weiter gestiegen – zunehmende Bedeutung von Niedrigstlöhnen**

Auf den Punkt...

- Die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland lag 2007 um rund 350.000 höher als noch 2006.
- Unter allen abhängig Beschäftigten lag der Anteil von Niedriglöhnen 2007 bei 21,5% – d.h. mehr als jede/r Fünfte arbeitete für einen Stundenlohn unterhalb der Niedriglohnschwelle.
- Der Anteil ist damit trotz der deutlichen Zunahme der Betroffenen im Vergleich zu 2006 nur leicht gestiegen, weil auch die Beschäftigung insgesamt zugenommen hat.
- Gleichzeitig franst das Lohnspektrum nach unten aus, Stundenlöhne von weniger als 6 € brutto sind längst keine Seltenheit mehr.

- Die Durchschnittslöhne im Niedriglohnsektor sind inflationsbereinigt gegenüber 1995 nicht gestiegen und in Westdeutschland in den letzten Jahren sogar nominal gesunken.

*Aktuelle Forschungsergebnisse aus dem Institut Arbeit und Qualifikation 2009-05  
Thorsten Kalina und Claudia Weinkopf*

**Tabelle 1: Niedriglohnschwellen (Brutto) und Anteil der Niedriglohnbeschäftigten (2007, alle abhängig Beschäftigten inklusive Teilzeit und Minijobs)**

		Getrennte Niedriglohnschwellen für Ost und West	Einheitliche Niedriglohnschwelle
<b>Niedriglohnschwelle (brutto pro Stunde)</b>		9,62 € (West) 7,18 € (Ost)	9,19 €
<b>Niedriglohnanteil</b>	Westdeutschland	21,1%	18,8%
	Ostdeutschland	23,5%	40,1%
	Deutschland	21,5%	22,4%
<b>Niedriglohnbezie- hende absolut (in Millionen)</b>	Westdeutschland	5,4	4,8
	Ostdeutschland	1,1	2,0
	Deutschland	6,5	6,8

*Quelle: SOEP 2007, eigene Berechnungen*

Die differenzierten Niedriglohnschwellen im Jahre 2007 lagen in Westdeutschland bei 9,62 € und in Ostdeutschland bei 7,18 € pro Stunde. Unsere Berechnungen haben ergeben, dass in

**Tabelle 2: Niedriglohnanteil und Anteil am Niedriglohnsektor nach Beschäftigtengruppen (Deutschland, alle abhängig Beschäftigten, getrennte Niedriglohnschwellen für Ost- und Westdeutschland, in %)**

Kategorie		NL-Anteil in Kategorie		Anteil am NL-Sektor	
		1995	2007	1995	2007
Qualifikation <sup>4</sup>	Ohne Berufsausbildung	30,4	43,3	32,9	20,8
	Mit Berufsausbildung	13,3	22,6	58,5	70,8
	Universität/Fachhochschule	6,5	7,6	8,6	8,4
Geschlecht	Männer	7,1	13,8	27,7	32,5
	Frauen	24,7	29,3	72,3	67,5
Alter	unter 25	29,3	46,9	14,6	11,0
	25 – 34	14,1	26,0	27,2	25,6
	35 – 44	12,2	18,8	22,8	27,6
	45 – 54	12,9	16,7	20,5	21,5
	55+	16,4	21,1	14,9	14,4
Nationalität	Deutsche	14,2	20,5	88,4	88,7
	Ausländer/innen	20,2	35,4	11,7	11,3
Befristung	Befristet	25,4	43,2	10,8	22,6
	Unbefristet	13,7	16,5	89,2	77,5
Arbeitszeitform	Vollzeit	10,8	14,1	59,2	47,0
	Soz.-vers.-pfl. Teilzeit	21,3	23,3	24,8	22,3
	Minijob	87,7	86,3	16,0	30,7
<b>Gesamt (Deutschland)</b>		14,7	21,5	100,0	100,0

Quelle: SOEP, eigene Berechnungen

**Tabelle 3: Durchschnittlicher Stundenlohn der Niedriglohnbeziehenden und Niedriglohnschwelle (abhängig Beschäftigte inkl. Teilzeit und Minijobs)**

Jahr	Westdeutschland			Ostdeutschland		
	Durchschnittlicher Niedriglohn		Niedriglohnschwelle	Durchschnittlicher Niedriglohn		Niedriglohnschwelle
	nominal	real <sup>5</sup>	nominal	nominal	real	nominal
1995	6,03	6,03	8,21	4,66	4,66	5,79
1996	6,36	6,27	8,47	4,79	4,72	5,93
1997	6,46	6,26	8,51	4,99	4,83	6,18
1998	6,64	6,36	8,63	4,85	4,64	6,10
1999	6,78	6,46	8,79	5,03	4,79	6,27
2000	6,76	6,35	8,90	4,96	4,66	6,26
2001	6,45	5,94	8,71	5,10	4,71	6,38
2002	6,96	6,33	9,39	5,32	4,83	6,92
2003	7,18	6,45	9,66	5,50	4,95	7,10
2004	7,26	6,41	9,72	5,47	4,84	7,13
2005	7,24	6,31	9,79	5,60	4,88	7,25
2006	6,90	5,92	9,54	4,97	4,26	6,81
2007	6,88	5,77	9,62	5,60	4,69	7,18

Quelle: SOEP 2007, eigene Berechnung

**Tabelle 4: Verteilung der Stundenlöhne im Niedriglohnbereich, Deutschland 2007 (abhängig Beschäftigte, inkl. Teilzeit und Minijobs)**

Stundenlohn	Abhängig Beschäftigte (Haupttätigkeit)		Abhängig Beschäftigte, sowie Schüler, Student/innen, Rentner/innen (Haupt- und Nebentätigkeit)	
	Absolut	Anteil	Absolut	Anteil
unter 5 €	1.210.325	4,0%	1.872.506	5,7%
unter 6 €	2.179.953	7,2%	3.262.756	9,9%
unter 7 €	3.652.853	12,1%	5.077.163	15,5%
unter 8 €	5.044.200	16,7%	6.884.693	21,0%
8 € und mehr	25.210.018	83,3%	25.928.203	79,0%
<b>Gesamt</b>	<b>30.254.218</b>	<b>100,0%</b>	<b>32.812.896</b>	<b>100,0%</b>

Quelle: SOEP 2007, eigene Berechnungen

**Tabelle 5: Verteilung der Stundenlöhne im Niedriglohnbereich, Deutschland 2007 (abhängig Beschäftigte, inkl. Teilzeit und Minijobs, Haupttätigkeit)**

Stundenlohn	Vollzeit	Teilzeit	Minijob	Summe
unter 5 €	23,8%	10,5%	65,8%	100%
unter 6 €	37,4%	13,8%	48,8%	100%
unter 7 €	45,1%	17,7%	37,2%	100%
unter 8 €	45,1%	21,2%	33,7%	100%
<b>Gesamt</b>	<b>70,5%</b>	<b>22,4%</b>	<b>7,1%</b>	<b>100%</b>

Quelle: SOEP 2007, eigene Berechnungen. Abweichungen zu 100% beruhen auf Rundungsungenauigkeiten

## Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Unsere Analyse hat gezeigt, dass der Niedriglohnsektor in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre deutlich an Bedeutung gewonnen hat – inzwischen arbeitet mehr als jede/r fünfte Beschäftigte für Stundenlöhne unterhalb der Niedriglohnschwelle. Insgesamt liegt die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten im Jahr 2007 damit bei rund 6,5 Millionen Beschäftigten. Gegenüber 2006 ist zwar der Niedrig-

lohnanteil nur geringfügig gestiegen, aber die Zahl der Betroffenen hat sich um rund 350.000 merklich erhöht.

Von einer „Trendumkehr“ kann daher nach unserer Einschätzung keine Rede sein, sondern allenfalls – und nur bezogen auf den Niedriglohnanteil – von einer Stagnation auf hohem Niveau. Seit 1995 hat sich die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten um rund 2,1 Millionen erhöht, was einem prozentualen Zuwachs von knapp 49 % entspricht.

Die Auswertungen der Lohnentwicklung im Niedriglohnsektor haben zudem gezeigt, dass die durchschnittlichen Stundenlöhne von Niedriglohnbeschäftigten in den vergangenen zwölf Jahren inflationsbereinigt nicht gestiegen bzw. in Westdeutschland sogar gesunken sind. Selbst nominal waren diese in den vergangenen Jahren rückläufig. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass das Lohnspektrum in Deutschland nach unten ausfranst. Dies belegen auch die Analysen zur Struktur der Niedriglohnbeschäftigten nach Stundenlohnstufen, die gezeigt haben, dass 2007 fast 2,2 Millionen Beschäftigte (7,2%) für weniger als 6 € brutto pro Stunde arbeiteten. Gut 1,2 Millionen bzw. 4% der Beschäftigten verdienten sogar weniger als 5 €. Wenn man Beschäftigtengruppen wie Schüler/innen, Studierende, Rentner/innen sowie Nebenjobs mit einbezieht, steigt der Anteil der Beschäftigten, die Stundenlöhne von unter 6 € erhalten, sogar auf fast 10% aller Beschäftigten (knapp 3,3 Millionen Beschäftigte).

Von Gegner/innen eines gesetzlichen Mindestlohnes wird häufig argumentiert, dass Beschäftigte mit sehr niedrigen Stundenlöhnen vorwiegend in Teilzeit beschäftigt seien und auf ihren Verdienst zur Sicherung des Lebensunterhaltes nicht angewiesen seien. Unsere Analyse bestätigt zwar, dass bei sehr geringen Stundenlöhnen ein hoher Anteil der Beschäftigten in sozialversicherungspflichtiger Teilzeit oder Minijobs tätig ist. Aber schon bei Stundenlöhnen unter

7 € stellen Vollzeitbeschäftigte fast die Hälfte der Betroffenen. Zudem erscheint die Annahme, dass Niedrigstlöhne bei Teilzeitbeschäftigten weniger problematisch seien, überaus fragwürdig: Zum einen ist ein Großteil der Teilzeitbeschäftigten nach eigenen Angaben auf den Verdienst zur Sicherung des Lebensunterhaltes angewiesen. Und zum anderen zeigen Analysen zur Struktur der Aufstocker/innen, deren Erwerbseinkommen nicht ausreicht, um ihren Bedarf zu decken und die darum Anspruch auf ergänzendes Arbeitslosengeld II haben, dass ein großer Teil sowohl von kurzen Arbeitszeiten als auch von sehr niedrigen Stundenlöhnen betroffen ist.

In Deutschland haben sich die Löhne in einem Ausmaß nach unten ausdifferenziert, das in anderen Ländern aufgrund von Mindestlöhnen als verbindliche Lohnuntergrenze nicht möglich ist. In Großbritannien wurde die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes im Jahre 1999 u.a. auch damit begründet, dass es sich der Staat nicht leisten kann (und will), für niedrige Löhne die Ausfallbürgschaft zu übernehmen (Bosch/Weinkopf 2006). In Deutschland wird dies hingegen von Teilen der Politik nach wie vor als staatliche Aufgabe angesehen, obwohl sich selbst auf der Arbeitgeberseite immer mehr Stimmen für branchenbezogene Mindeststandards oder sogar – wie etwa das Gebäudereinigerhandwerk – für gesetzliche Mindestlöhne stark machen. Dabei wird außer Acht gelassen, dass ein Wettbewerb, der vorrangig über die Löhne ausgetragen wird, auf Kosten der Qualität und der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten geht.

Thorsten Kalina ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsabteilung „Flexibilität und Sicherheit“

Kontakt: [thorsten.kalina@uni-due.de](mailto:thorsten.kalina@uni-due.de)

Dr. Claudia Weinkopf leitet diese Abteilung und ist Stellvertretende Geschäftsführende Direktorin des IAQ.

Kontakt: [claudia.weinkopf@uni-due.de](mailto:claudia.weinkopf@uni-due.de)

## Süddeutsche Zeitung vom 10.07.2009:

Zahl der Geringverdiener in Deutschland steigt drastisch

# Jeder Fünfte muss von Niedriglohn leben

6,5 Millionen Arbeitnehmer bekommen weniger als 9,62 Euro pro Stunde, obwohl viele von ihnen Fachkräfte sind

Von Thomas Öchsner

**Berlin – In Deutschland arbeiten immer mehr Menschen für Niedriglöhne. Dies geht aus einer Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen hervor. Demnach erhalten 6,5 Millionen Arbeitnehmer einen geringen Lohn – das ist mehr als jeder Fünfte aller Beschäftigten. Den Forschern zufolge schützt auch eine Berufsausbildung oder ein Studienabschluss nicht mehr vor schlechter Bezahlung.**

Laut der Untersuchung ist die Zahl der Niedriglohn-Beschäftigten seit 1995 um 2,1 Millionen gestiegen, allein von 2006 auf 2007 nahm sie um 350 000 zu. Ihr Stundenlohn liegt unterhalb der Schwelle von 9,62 Euro in Westdeutschland und 7,18 Euro in Ostdeutschland. Das ist die wissenschaftlich anerkannte Niedriglohngrenze, die die Organisation

für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) festgelegt hat.

Aus der Studie geht hervor, dass ein Vollzeitjob nicht vor niedrigen Stundenlöhnen schützt: So sind immerhin fast ein Viertel der Beschäftigten, die weniger als fünf Euro pro Stunde verdienen, in Vollzeit tätig. Die meisten Arbeitnehmer, die mit weniger als fünf Euro auskommen müssen, waren aber Minijobber. Der Anteil der Vollzeit-Jobber steigt mit der Höhe des Niedriglohns. „Schon bei Stundenlöhnen von sieben Euro stellen Vollzeitbeschäftigte fast die Hälfte der Betroffenen“, stellte das IAQ fest.

Die Forscher der Universität Duisburg-Essen stützen ihre Untersuchung auf Daten aus dem sozioökonomischen Panel (SOEP). Dabei handelt es sich um eine repräsentative Umfrage des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Dafür werden etwa 11 000 Haushalte mit mehr als 20 000 Personen befragt. Die Berechnungen beziehen sich

auf alle abhängig Beschäftigten, einschließlich sozialversicherungspflichtiger Teilzeitarbeiter und Minijobber. Schüler, Studenten und Rentner, die einer Nebenbeschäftigung nachgehen, wurden jedoch nicht berücksichtigt.

Auch Fachkräfte bekommen häufiger als früher nur noch geringe Verdienste, ihr Anteil unter den Niedriglohn-Beschäftigten hat sich deutlich erhöht: 1995 betrug er 58,5 Prozent. 2007 war dies bereits bei 70,8 Prozent der Fall. Rechnet man die Akademiker hinzu, sind es sogar fast 80 Prozent. Eine wachsende Zahl von Menschen sehe sich durch die eigene Arbeitslosigkeit gezwungen, in den Niedriglohnsektor zu gehen, sagte Claudia Weinkopf, Vize-Direktorin des IAQ. Sie verweist darauf, dass in anderen westeuropäischen Industrieländern eine so niedrige Bezahlung aufgrund von Mindestlöhnen nicht möglich wäre.

Die Berechnungen des IAQ zeigen außerdem, dass die niedrigen Verdienste in

den vergangenen zwölf Jahren nach Abzug der Inflation nicht gestiegen sind. In Westdeutschland sind sie sogar gesunken. Besonders geringe Stundenlöhne würden dabei zunehmend an Bedeutung gewinnen. So lagen die durchschnittlich im Niedriglohnsektor erzielten Stundenlöhne 2007 im Westen bei nur noch 6,88 Euro und im Osten bei 5,60 Euro. 1,2 Millionen Beschäftigte verdienten sogar weniger als fünf Euro.

SPD, Linke, Gewerkschaften und Grüne fordern, einen flächendeckenden Mindestlohn einzuführen. Union und die FDP lehnen dies ab. Sie fürchten, dass dadurch Arbeitsplätze vernichtet werden. Arbeitsminister Olaf Scholz (SPD) sagte der Süddeutschen Zeitung: „Die Studie ist ein weiterer Beleg dafür, dass wir Mindestlöhne in Deutschland brauchen. Löhne, die den eigenen Lebensunterhalt nicht garantieren, haben mit Anstand nichts zu tun. Sie müssen aus unserem Land verschwinden.“ (Wirtschaft)

## Atypische Beschäftigung

### Übersicht - München, Landeshauptstadt, Kreisfreie Stadt

Indikatoren	2003	2004	2005	2006 <sup>1</sup>	2007 <sup>1</sup>	2008 <sup>1</sup>
<b>Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SVB)</b>						
Insgesamt	674090	663961	665407	664222	673398	686734
Primärer Sektor	1940	1898	1925	1877	1276	1241
Sekundärer Sektor	161814	157880	155643	145913	154909	153823
Tertiärer Sektor	510336	504183	507839	516432	517213	531670
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	136574	134032	135382	137623	135994	135538
nach der Qualifikation	674090	663961	665407	664222	673398	686734
ohne Ausbildung	104197	101891	99414	96092	94140	93823
mit Ausbildung	336089	328405	325056	321455	319480	319063
Höhere Fachschule, FH oder Uni	131550	131031	133774	132730	137072	141378
keine Angabe	102254	102634	107163	113945	122706	132470
Vollzeit	576069	563848	562718	558526	563931	573560
Teilzeit	97744	99219	101638	104843	108598	112128
Leiharbeit	7540	8750	9839	11775	13770	15178
<b>Mini - Jobs</b>						
Insgesamt	97930	118962	121415	126089	131025	135566
ausschließlich	64631	73176	73692	74786	76111	76695
Nebenberuflich	33299	45786	47723	51303	54914	58871
<b>Arbeitsgelegenheiten / Ein - Euro - Jobs</b>						
Insgesamt	-	-	575	1485	1869	1664
Mehraufwand (1 € - Job)	-	-	575	1459	1857	1649
Entgeltvariante	-	-	-	26	12	15
<b>Einwohner</b>						
Einwohner	1227296	1243040	1254300	1280610	1302376	1315476

<sup>1</sup> = vorläufige Ergebnisse

**Quelle:** Hans Böckler Stiftung;

<http://www.boeckler.de/datyp>

## Übersicht - München, Landkreis

Indikatoren	2003	2004	2005	2006 <sup>1</sup>	2007 <sup>1</sup>	2008 <sup>1</sup>
<b>Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SVB)</b>						
Insgesamt	157730	158438	159603	168197	170005	175974
Primärer Sektor	1143	1077	1153	1136	1183	1206
Sekundärer Sektor	40805	39474	37958	44413	45182	46564
Tertiärer Sektor	115782	117887	120492	122648	123640	128204
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	44501	45552	46754	46498	43312	45425
nach der Qualifikation	157730	158438	159603	168197	170005	175974
ohne Ausbildung	18775	18428	17818	18612	17930	18112
mit Ausbildung	79290	79516	78735	79582	78656	80237
Höhere Fachschule, FH oder Uni	28136	28441	29358	34554	35231	37092
keine Angabe	31529	32053	33692	35449	38188	40533
Vollzeit	139503	139561	140023	147724	148625	153619
Teilzeit	18114	18714	19367	20274	21202	22198
Leiharbeit	273	296	339	638	606	430
<b>Mini - Jobs</b>						
Insgesamt	22323	27917	28599	30303	31260	32939
ausschließlich	15925	18351	18250	18622	18772	19335
Nebenberuflich	6398	9566	10349	11681	12488	13604
<b>Arbeitsgelegenheiten / Ein - Euro - Jobs</b>						
Insgesamt	-	-	46	109	131	100
Mehraufwand (1 € - Job)	-	-	46	105	126	100
Entgeltvariante	-	-	-	4	5	-
<b>Einwohner</b>						
Einwohner	304308	304742	307079	309695	313085	316531

<sup>1</sup> = vorläufige Ergebnisse

**Quelle:** Hans Böckler Stiftung;

<http://www.boeckler.de/datyp>

## Definition der verwendeten Daten

### **Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte**

Die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten umfasst alle Arbeitnehmer, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem SGB III sind oder für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Nicht einbezogen sind dagegen Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Berufs- und Zeitsoldaten (siehe o. g. Ausnahme), Wehrpflichtige ohne vorangegangene Beschäftigung sowie Beamte.

### **Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Sektoren**

Die Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten werden nach Wirtschaftssektoren auf Grundlage der WZ 2003 (Klassifikation der Wirtschaftszweige) untergliedert. Es wird ausgewiesen

- der **primäre Sektor** (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Bergbau),
- der **sekundäre Sektor** (Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung, Baugewerbe)
- und der **tertiäre Sektor** (weitgehend Dienstleistungen).

### **Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach der Qualifikation**

Die Qualifikation der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird ausgewiesen nach

- ohne Ausbildung,
- mit Ausbildung,
- Höhere Fachschule, FH oder Uni sowie
- keine Angabe.

### **Voll- und Teilzeit**

Eine Vollzeitbeschäftigung ist die „normale“ Beschäftigungsvariante, während die Teilzeitbeschäftigung zur „atypischen bis prekären“ Arbeitsmarktsituation zu rechnen ist. Als Teilzeitarbeit gilt eine Beschäftigung, die einen Arbeitnehmer vereinbarungsgemäß nicht voll, aber regelmäßig zu einem Teil der normalerweise üblichen bzw. tariflich festgesetzten Arbeitszeit in Anspruch nimmt. Hierzu zählt auch Heimarbeit.

## **Leiharbeit**

Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit (BA) zählt die Leiharbeit zur Wirtschaftsgruppe WZ 03 Überlassung von Arbeitskräften (incl. Stammpersonal). Eine Arbeitnehmerüberlassung liegt vor, wenn zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer von vornherein vereinbart wird, dass nur in Betrieben anderer Arbeitgeber gearbeitet werden soll. Durch die Integration der Leiharbeit in den Bereich Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gibt es eine geringe Anzahl an Doppelzählungen.

## **Geringfügige Beschäftigung**

Zur Statistik der geringfügig Beschäftigten werden Beschäftigte gerechnet, die nur eine oder mehrere geringfügig entlohnte oder kurzfristige Beschäftigungen ausüben, d.h. die regelmäßig nicht mehr als 400 € im Monat verdienen.

## **Arbeitsgelegenheiten / Ein € - Jobs**

Mit der Hartz IV Reform im Jahr 2005 wurden die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II zusammengeführt. Das Arbeitslosengeld II ist die Grundsicherungsleistung für erwerbsfähige Hilfebedürftige nach dem SGB II. Innerhalb dieses Rahmens wurde die Maßnahme „Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung (AGH-MAE)“ etabliert. Die AGH-MAE ist eine zusätzliche und im öffentlichen Interesse stehende Tätigkeit für Empfänger von Arbeitslosengeld II. Weitere Bezeichnungen sind Ein- Euro-Job, Zusatzjobs oder Brückenjobs. Zusätzlich gibt es „Arbeitsgelegenheiten mit Entgeltvariante“ nach § 16 Abs. 3 Satz 1 SGB II. Hierbei handelt es sich um sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen, bei denen der Hilfebedürftige das übliche Arbeitsentgelt an Stelle des ALG II erhält. Die Arbeiten müssen nicht zwingend im öffentlichen Interesse liegen und / oder zusätzlich sein (Mischformen sind möglich).

Die Zahl der atypisch Beschäftigten setzt sich aus der Addition Teilzeit, Leiharbeit, Geringfügige Beschäftigung und Arbeitsgelegenheiten zusammen.

**Quelle:** Hans Böckler Stiftung;

<http://www.boeckler.de/datyp>

Zusammenfassung / Auszüge aus der Studie der Friedrich Ebert Stiftung:

## **Gesellschaft im Reformprozess**

### **Verunsicherung als dominante gesellschaftliche Grundstimmung**

- 63 Prozent machen die gesellschaftlichen Veränderungen Angst
- 46 Prozent empfinden ihr Leben als ständigen Kampf
- 44 Prozent fühlen sich vom Staat allein gelassen
- 15 Prozent fühlen sich generell verunsichert

### **Verschlechterung der finanziellen Situation schafft Zukunftssorgen**

- 59 Prozent geben an, sich derzeit finanziell einschränken zu müssen
- 49 Prozent befürchten, ihren Lebensstandard nicht halten zu können

### **Private Situation gibt meist stabilen Halt**

#### **Familie bleibt wichtiger sozialer und psychischer Rückhalt:**

- 87 Prozent sind mit ihrer familiären Situation zufrieden
- 78 Prozent haben gute Freunde, an die sie sich mit ihren Sorgen wenden können
- 72 Prozent vertrauen auf eigene Flexibilität, sich auf schwierige Situation einstellen zu können

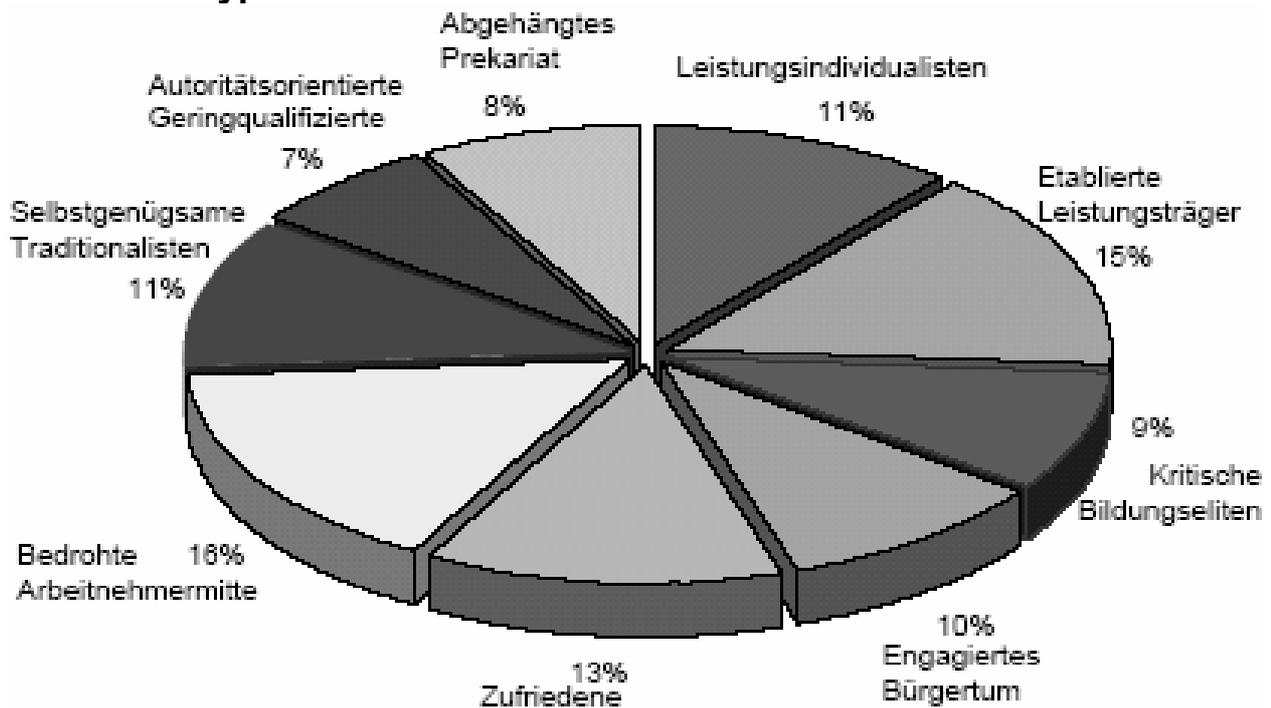
### **Wahrnehmung zunehmender gesellschaftlicher Ungleichheiten**

61 Prozent meinen, es gibt keine Mitte mehr, nur noch ein Oben und Unten.

Dem entsprechen unterschiedliche Lebenschancen:

- 13 Prozent erwarten ein Erbe, das sie finanziell un-abhängig macht
- 37 Prozent gehen davon aus, in finanziellen Notlagen durch die Familie abgesichert zu sein
- 39 Prozent befürchten, im Alter auf Sozialhilfe angewiesen zu sein
- 14 Prozent sehen sich in jeder Hinsicht als Verlierer der gesellschaftlichen Entwicklung

## Politische Typen



Jul 2008

## Die Unterschicht

<b>Gesellschaftlicher Status / Herkunft</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>○ niedrig (49 % Unter- bzw. untere Mittelschicht) viele erleben <b>gesellschaftlichen Abstieg</b></li> </ul>
<b>Bildung</b>	Überwiegend Personen mit einfacher bzw. mittlerer Bildung
<b>Tätigkeit</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>○ <b>Höchster Arbeitslosenanteil</b></li> <li>○ <b>Höchster Anteil an Arbeitern</b>, darunter viele Facharbeiter</li> <li>○ viele einfache Angestellte</li> </ul>
<b>Alter</b>	häufiger <b>im berufsaktiven Alter</b>
<b>Geschlecht</b>	<b>sehr hoher Männeranteil</b>
<b>Region</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>○ <b>Stärkster Osttyp</b></li> <li>○ häufiger im ländlichen Raum</li> </ul>

### **Berufliche Situation und berufliche Orientierung**

- eher einfache und mittlere Tätigkeiten, eher traditionelle Arbeitsverhältnisse
- können sich **wenig mit ihrer Arbeit identifizieren**, fühlen sich in der Arbeit starkem Druck ausgesetzt
- starke Unzufriedenheit mit beruflicher Situation
- geringe berufliche Mobilität und Aufstiegsorientierung
- **haben von allen Gruppen die geringste berufliche Sicherheit:** Zwei Drittel der Berufstätigen war bereits arbeitslos, aktueller Arbeitsplatz gilt häufig als nicht sicher

### **Finanzielle Situation und finanzielle Orientierung**

- **enorme finanzielle Unsicherheit:** sehr niedriges monatliches Haushaltsnettoeinkommen, kaum Wohneigentum oder finanzielle Rücklagen, Schulden
- empfinden **gesamte Lebenssituation als ausgesprochen prekär**
- **haben besonders starke Zukunftssorgen:** befürchten, selbst diesen niedrigen Lebensstandard in Zukunft nicht halten zu können

### **Lebensbewältigung**

- zeigen ausgesprochene Verunsicherung, fühlen sich **gesellschaftlich im Abseits und auf der Verliererseite**
- In ihrem Leben gibt es wenig, was ihnen Orientierung gibt (auch höchster Anteil Konfessionsloser)
- **zeigen starke gesellschaftliche Desorientierung**, fühlen sich vom Staat alleine gelassen
- empfinden die Gesellschaft als extrem undurchlässig
- Rückzug ins Private ist nur vermeintlicher Ausweg, auch hier kaum Gefühl, Leben weitgehend selbst bestimmen zu können



### **Einstellung zu Staat und Gesellschaft**

- Gesellschaftsideal: **gemeinwohlorientierte Gesellschaft**
- Setzen stark auf regulierenden Staat, der soziale Absicherung der Bürger garantiert und Chancengleichheit herstellt
- Sehen in der Abschottung gegenüber Ausländern mögliche Lösung ihrer Probleme und reagieren auf Verunsicherung und Verlierergefühle mit ausgeprägtem Ethnozentrismus

## **Kommunale Daseinsvorsorge**

und ihre Auswirkungen auf Arbeit und Arbeitsplätze

### **Die öffentliche Daseinsvorsorge ist ein positives Gut**

Sicherheit, Nachhaltigkeit, finanzielle Stabilität und soziale Sicherheit sind wichtige Bestandteile für eine öffentliche Daseinsvorsorge. Im Zeitalter der Globalisierung ist es wichtig die internationalen Entwicklungen im Blick zu behalten. Wenn eine Milliarde Menschen an Unterernährung leiden, in vielen Ländern der Staat faktisch nicht existiert oder Demokratie bestenfalls bruchstückhaft zu erkennen ist, ist es wichtig für die Aufgaben eines Staates als positive Vision sowohl in Europa wie auch weltweit zu werben.

### **Die öffentliche Daseinsvorsorge ist nicht kostenlos zu haben!**

„Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten“ ist der geflügelte Spruch für die Begründung eines starken Staats mit breitem Angebot der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die Steuer- und Abgabenquote ist in Deutschland – entgegen vieler veröffentlichter Aussagen – nicht an der Spitze in Europa und der Welt. In den skandinavischen Ländern ist die Abgabenquote im Schnitt zehn Prozent höher als in Deutschland. Eine höhere Staatsquote ist kein Selbstzweck, sie muss eine klare Aufgabe haben. Ein wichtiges Ziel ist eine gute öffentliche Ausstattung im Bildungsbereich, bei der Energieversorgung, den Verkehrsbetrieben, bei der Strom-, Gas und Wasserversorgung. Kinderbetreuung, Krankenhäuser und ein kommunales Schulwesen sind wichtige kommunale Dienstleistungen. Der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude sagte dazu kürzlich in der KAB-Zeitschrift *Impuls*: „Wir halten alle diese kommunalen Dienstleistungen für einen unverzichtbaren Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung und auch der sozialen Sicherheit der Bürgerschaft.“ Ude sieht manche europäischen Initiativen kritisch: „Wir sehen mit großer Sorge in der europäischen Union, dass sich immer wieder marktradikale Positionen durchsetzen, die den Kommunen das Recht nehmen möchten, beispielsweise den öffentlichen Verkehr mit einem Verkehrsunternehmen zu gestalten oder ein eigenes Energieunternehmen erfolgreich agieren zu lassen. Aus unserer Sicht gibt es die verhängnisvolle Neigung in der Europapolitik, vor allem den Zugang privater Konzerne

zu sämtlichen Geschäftsfeldern zu sehen und den Kommunen Fesseln anzulegen, wenn sie ihrerseits auch wirtschaftlich tätig werden. Gerade in Deutschland hat das aber eine uralte Tradition.“ Seine Konsequenz: „Da müssen wir uns als Kommunen gegen die EU-Kommission durchsetzen. Hier beziehen wir Stellung gegen neoliberale Heilslehren, die gerade in den letzten 15 Jahren erschreckend Oberwasser bekommen haben und die erst seit Beginn der Bankenkrise kritisch überprüft werden.“

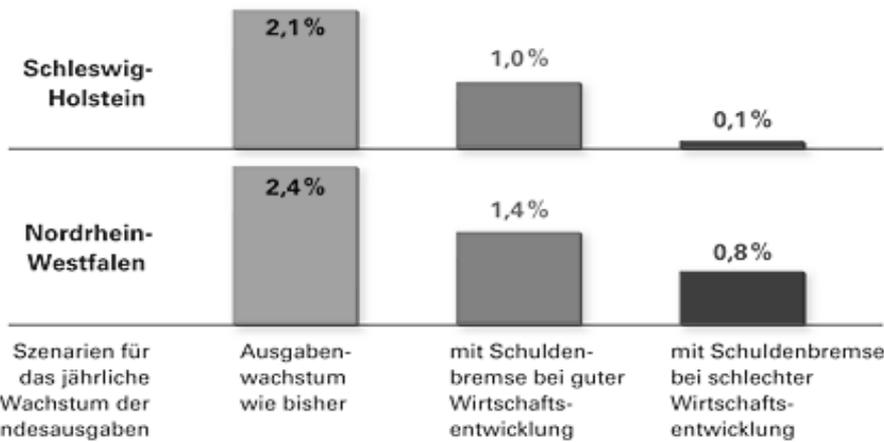
Für Oberbürgermeister Ude und in Übereinstimmung mit vielen Oberbürgermeistern wird eine breite und gute öffentliche Daseinsvorsorge incl. öffentlicher Unternehmen als lebenswichtig für die Städte und damit auch für eine qualitativ hochwertige Versorgung der Bürger angesehen. Dies gilt sowohl für die Wohnungsversorgung wie auch für die Versorgung mit verschiedenen Energiearten. Für die Städte sind die Einnahmen aus den eigenen öffentlichen Unternehmen hilfreich für die Finanzierung anderer Bereiche und eine Stabilisierung ihrer Haushalte in Zeiten der Krise.

Aus der Sicht der KAB brauchen die Gemeinden, Städte, Bundesländer und der Bundesstaat genügend finanzielle Mittel um die notwendigen Ausgaben für alle Bürger finanzieren zu können. Die Steuerpolitik muss dabei so konzipiert sein, dass sie gerecht ist, d.h. die leistungsfähigeren Schultern auch mehr Steuern aufbringen. Die öffentliche Daseinsvorsorge darf dabei nicht privatisiert werden. Die Privatisierung der Post hat vor allem zu einer Verschlechterung der Postdienste in der Fläche geführt, die Privatisierung der Bahn in Großbritannien und Neuseeland hat zu katastrophalen Schäden an der Bahninfrastruktur geführt. Daher fordert die KAB, dass die Bahn nicht privatisiert und nicht zerschlagen werden darf. Die KAB wendet sich auch gegen eine kommerzielle Orientierung in der Bildungspolitik, das öffentliche Schulwesen muss besser finanziell ausgestattet werden und zukunftsfest ausgebaut werden. In der Bildungspolitik dürfen nicht der Bildungsstand der Eltern und deren Einkünfte für die Bildungskarriere eines Kindes verantwortlich sein. Schüler- und Studenten- Bafög muss ausgebaut werden.

*Gerhard Endres*

## Handlungsfähigkeit der Länder gefährdet

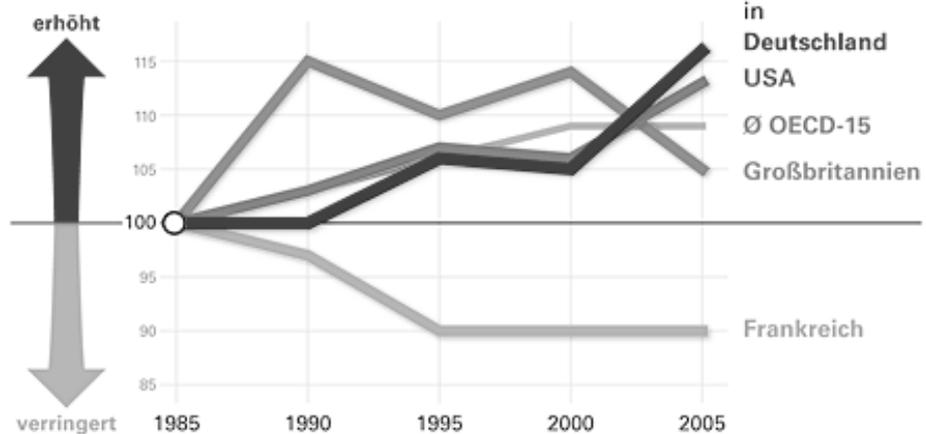
So könnte die „Schuldenbremse“ wirken auf das Wachstum der Ausgaben in...



Quelle: IMK 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

## Ungleichheit in Deutschland stark erhöht

Seit 1985 hat sich die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen...



Veränderung des Gini-Koeffizienten für Ungleichheit, Index 1985=100; Quelle: OECD 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

## USA und Deutschland im Sog des Finanzmarktes: Gewinne und Investitionen laufen auseinander

In Deutschland entwickelten sich die



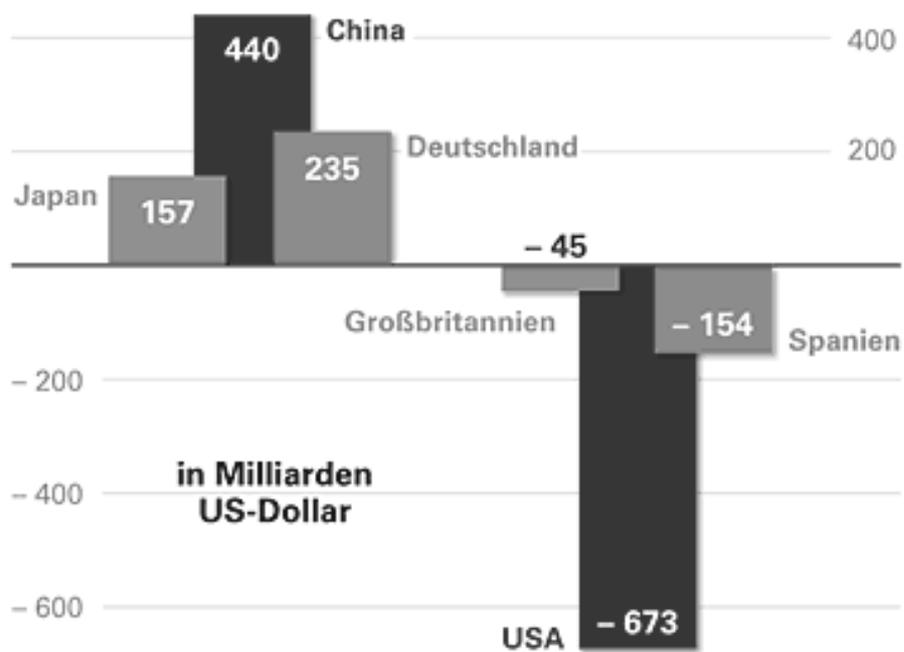
Quelle: AMECO, NIPA; Berechnungen des IMK 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

In den Vereinigten Staaten entwickelten sich die



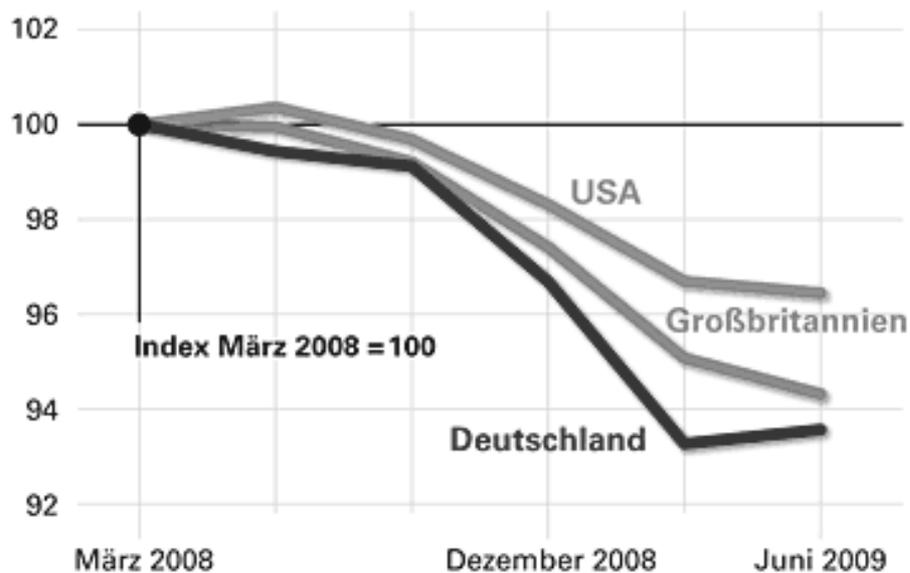
## Massive globale Ungleichgewichte

2008 betragen die Leistungsbilanzsalden in ...



## Wirtschaftskrise trifft Deutschland am stärksten

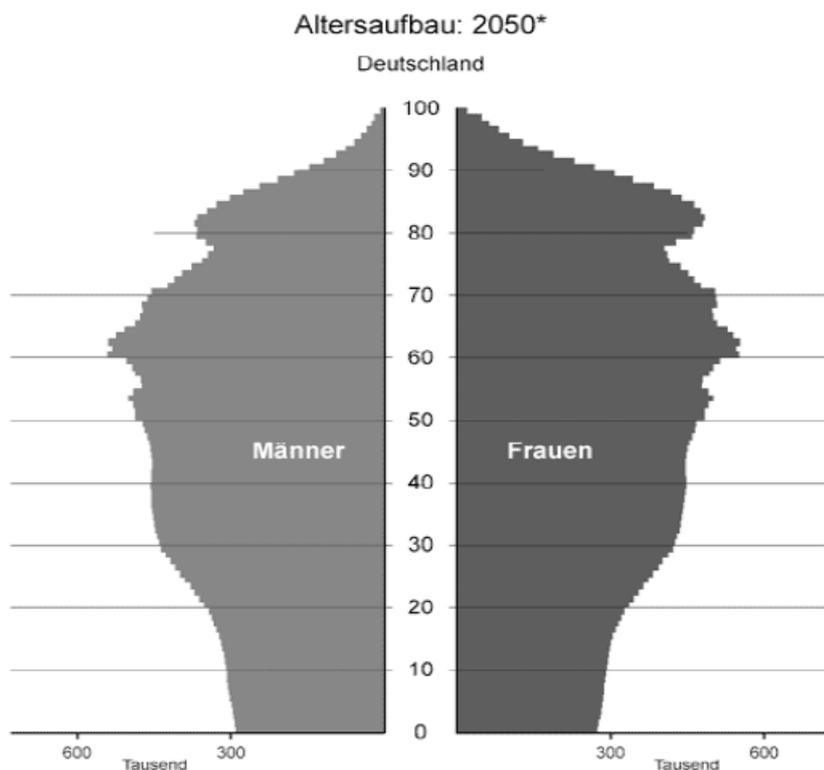
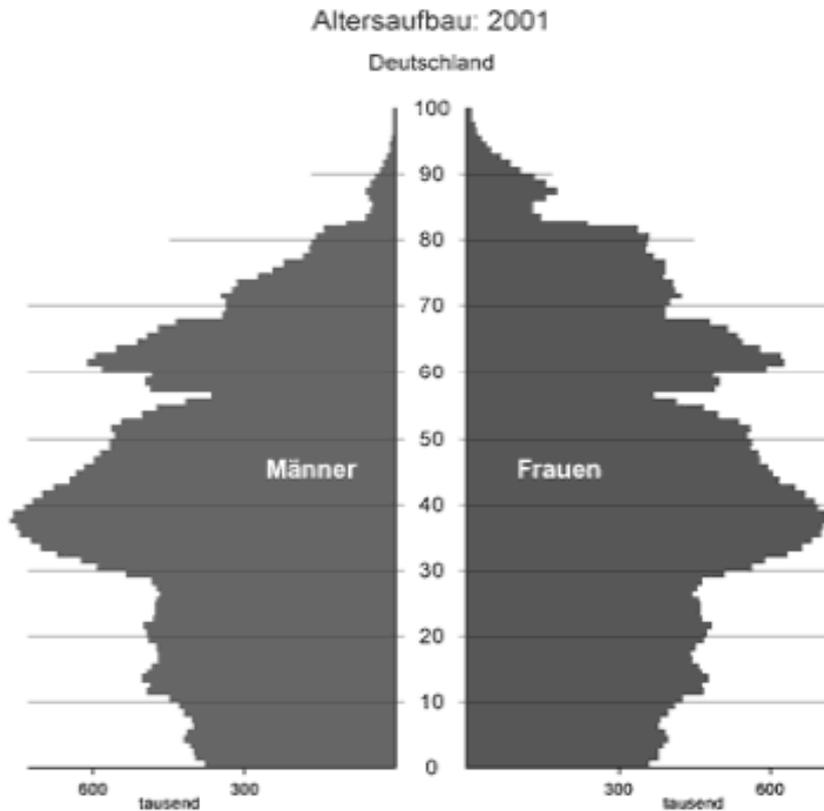
Das Bruttoinlandsprodukt entwickelte sich ...

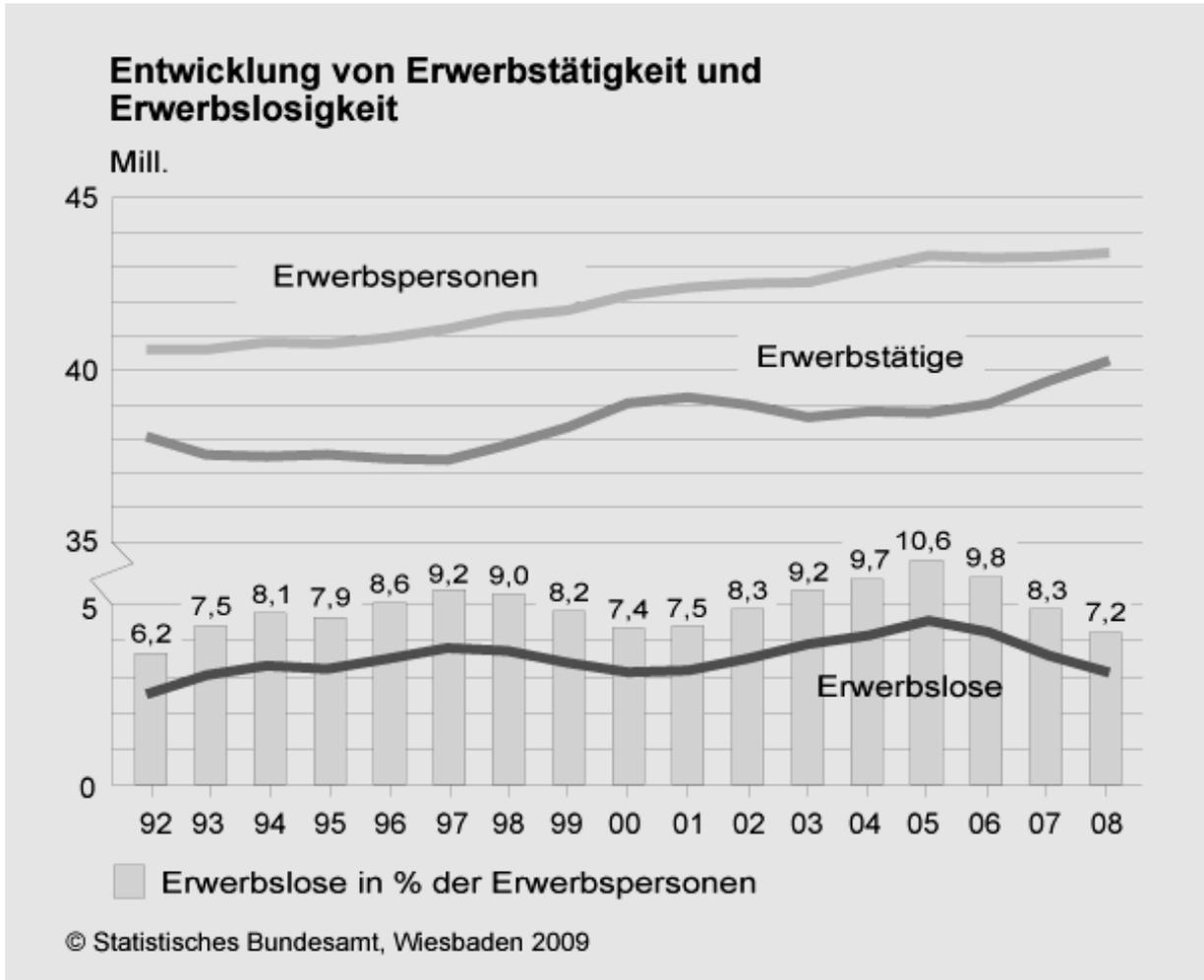


Quelle: IMK 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

## Szenarien, wie Arbeit 2020 aussehen wird

Die folgenden Graphiken stammen vom Institut für Arbeits- und Berufsforschung (IAB)

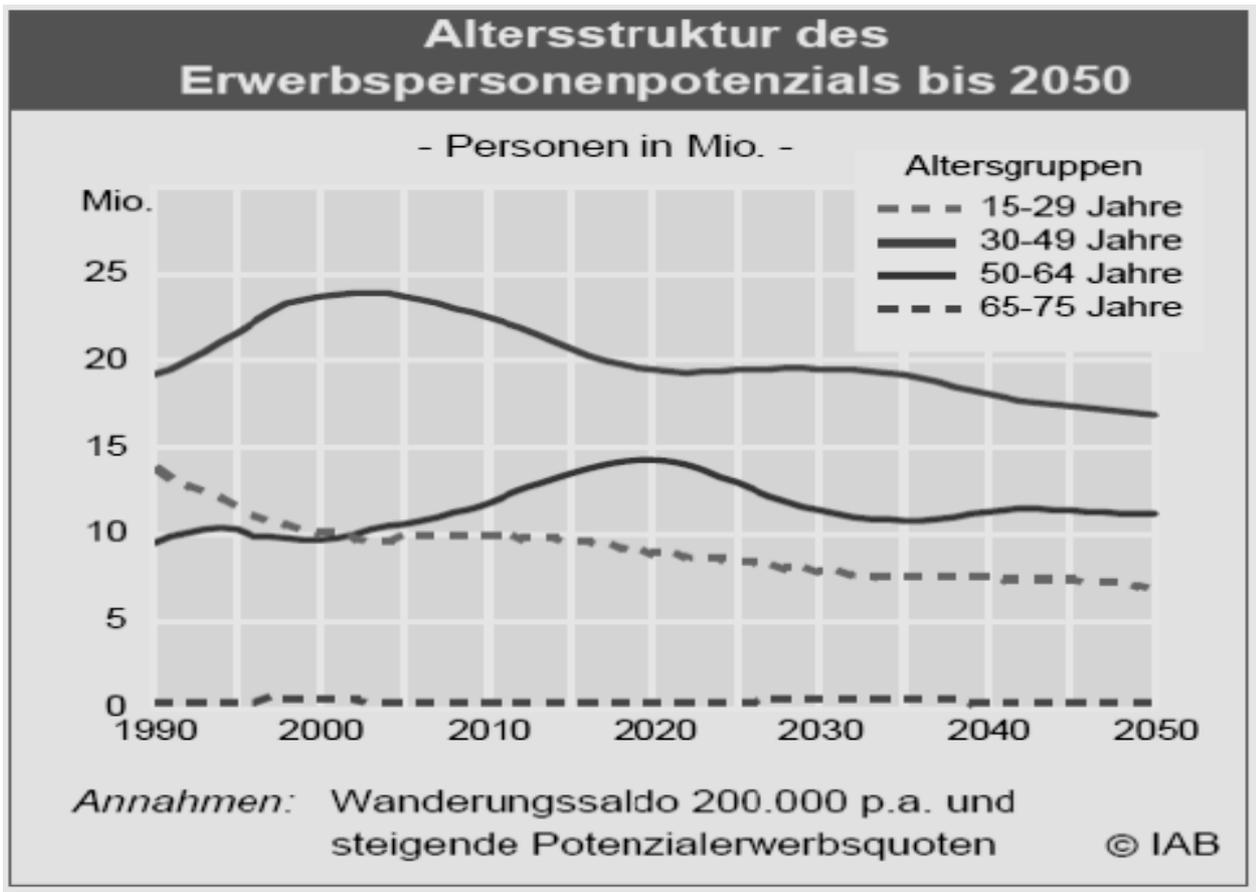




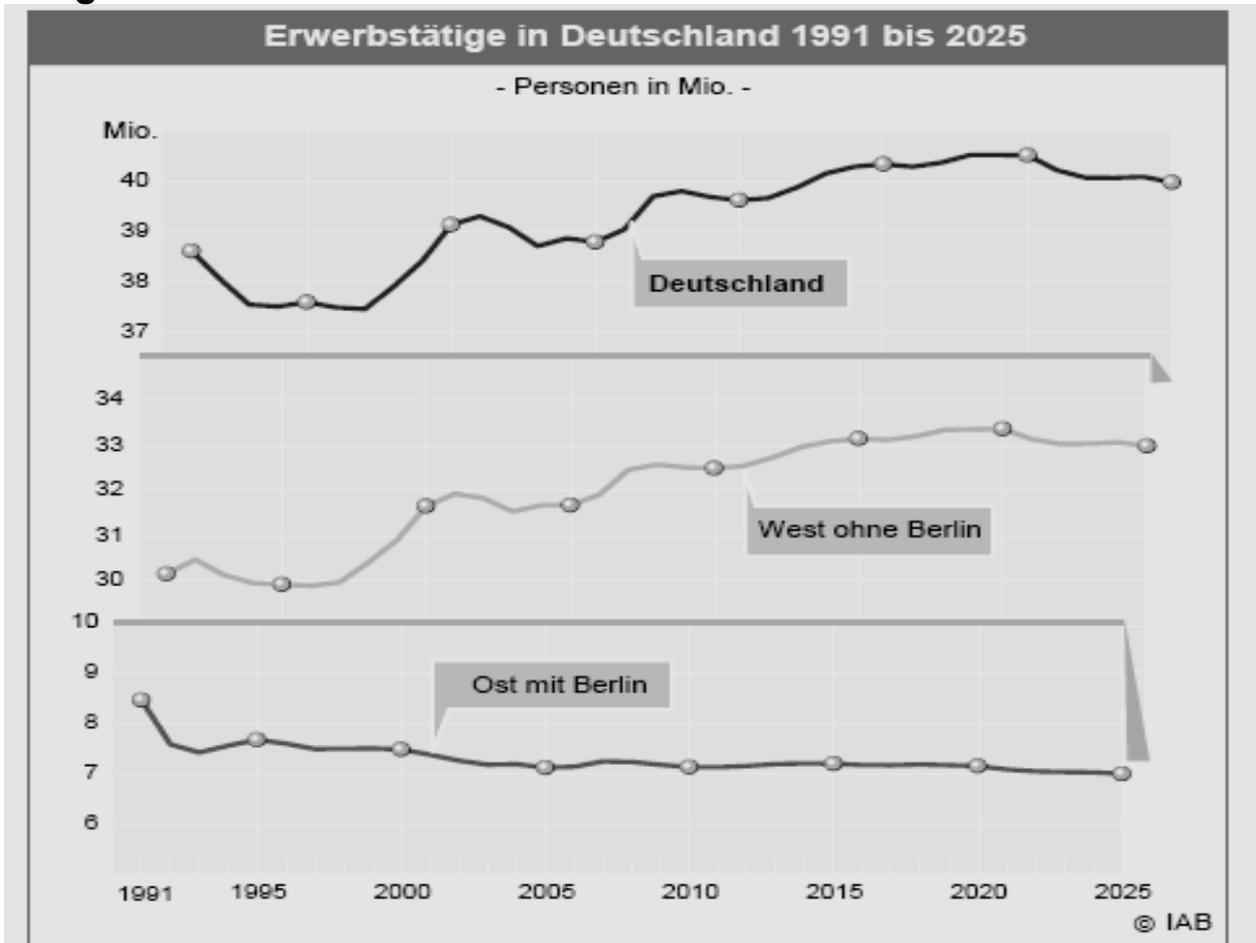
### Vorausschätzung des Erwerbspersonenpotenzials in Bayern bis 2025 nach Altersgruppen (in Tsd.)



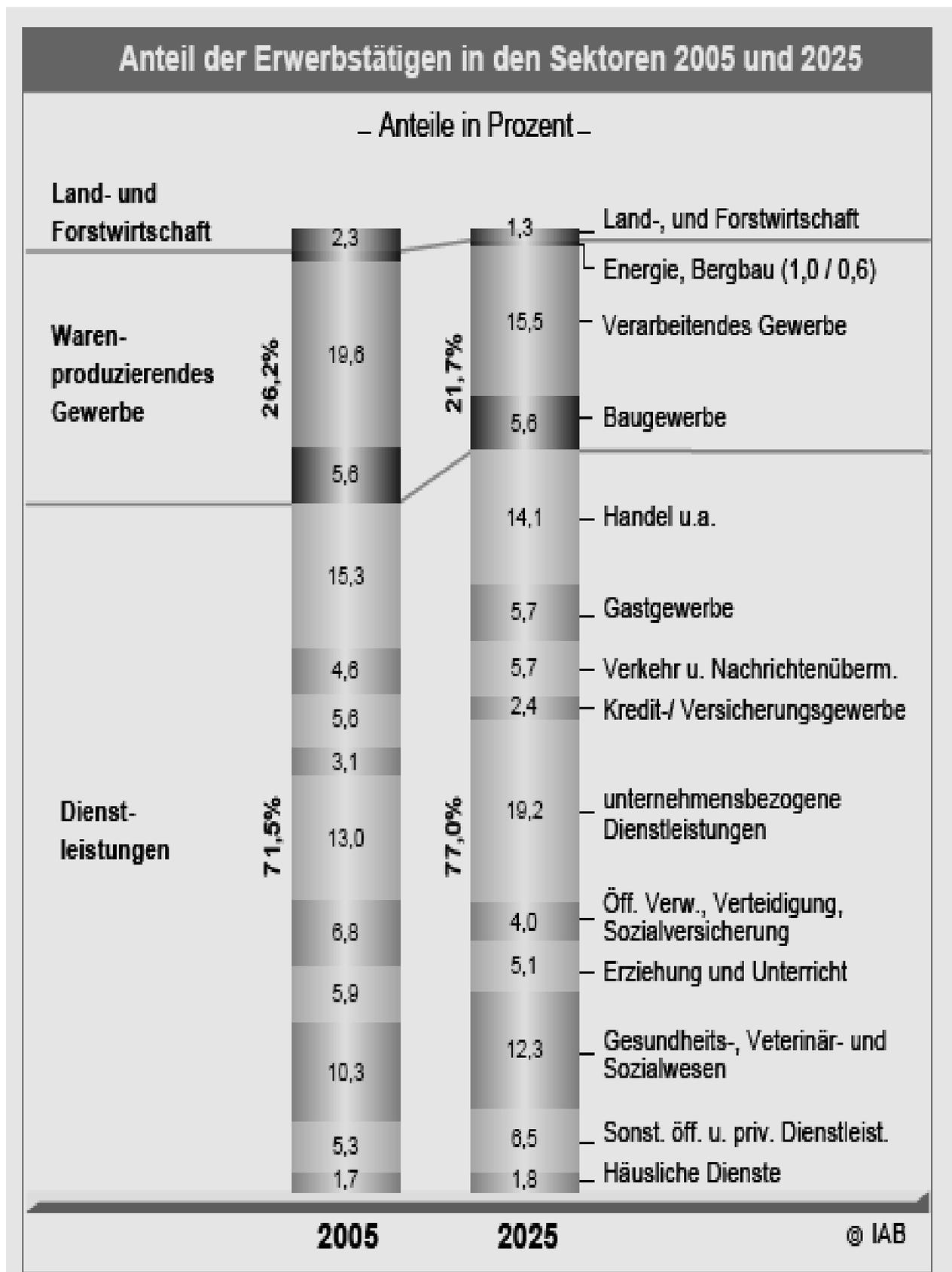
Quelle: INIFES, eigene Berechnungen auf Basis von Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung 2007 und Daten der Prognos AG 2006.

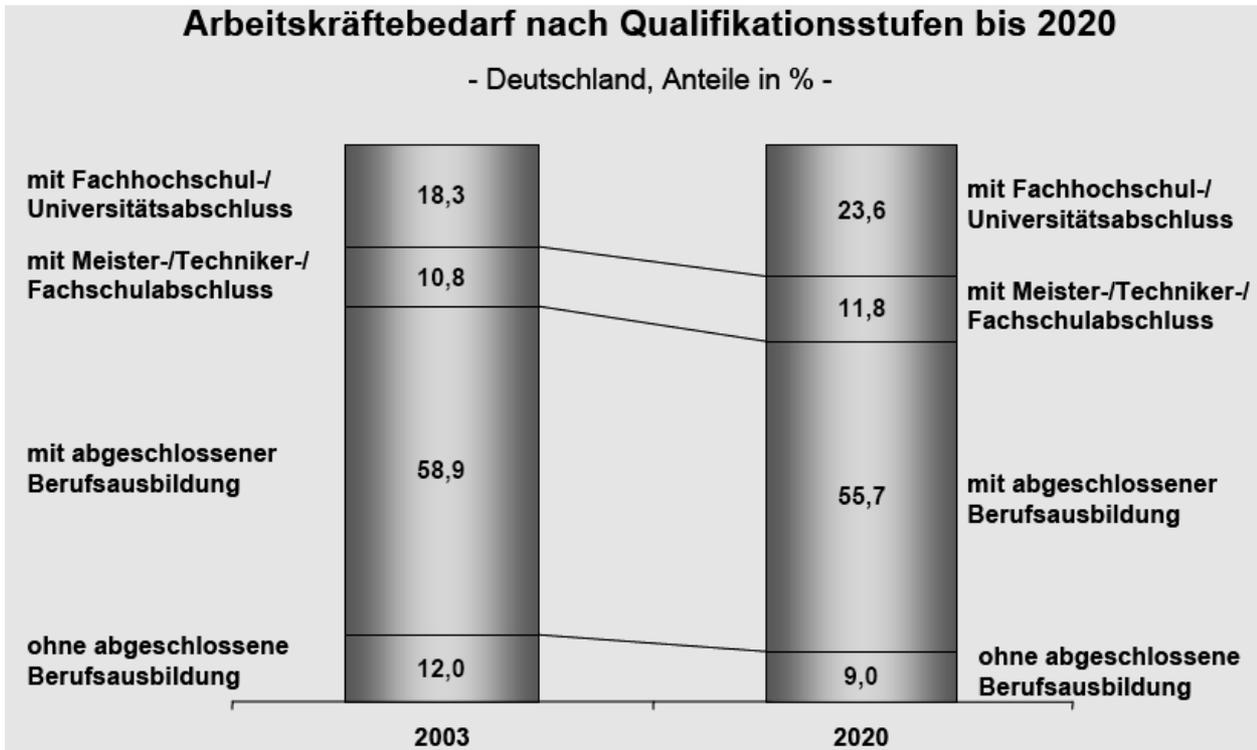


### Steigender Arbeitskräftebedarf in Westdeutschland

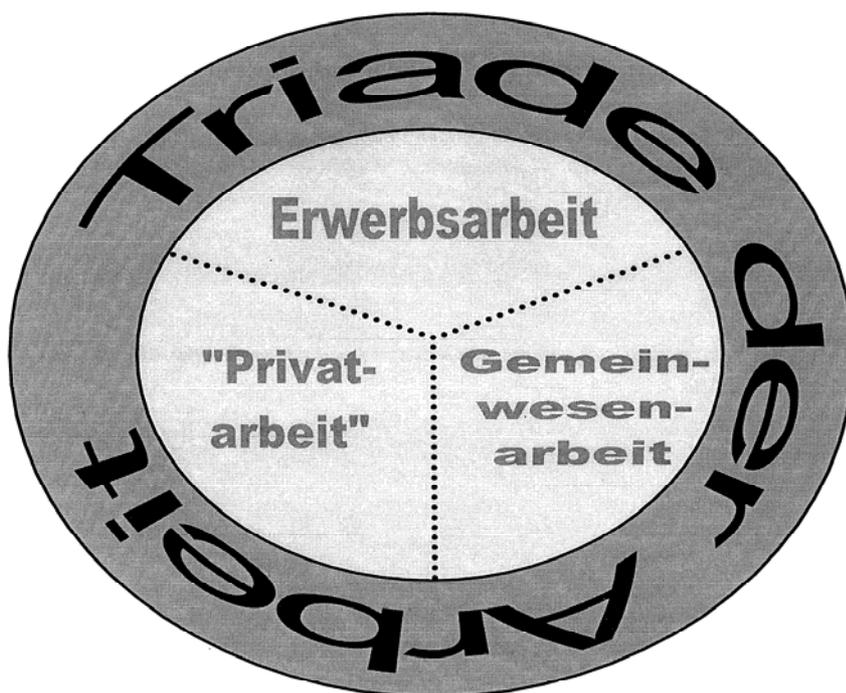


## Änderung der Branchenstruktur

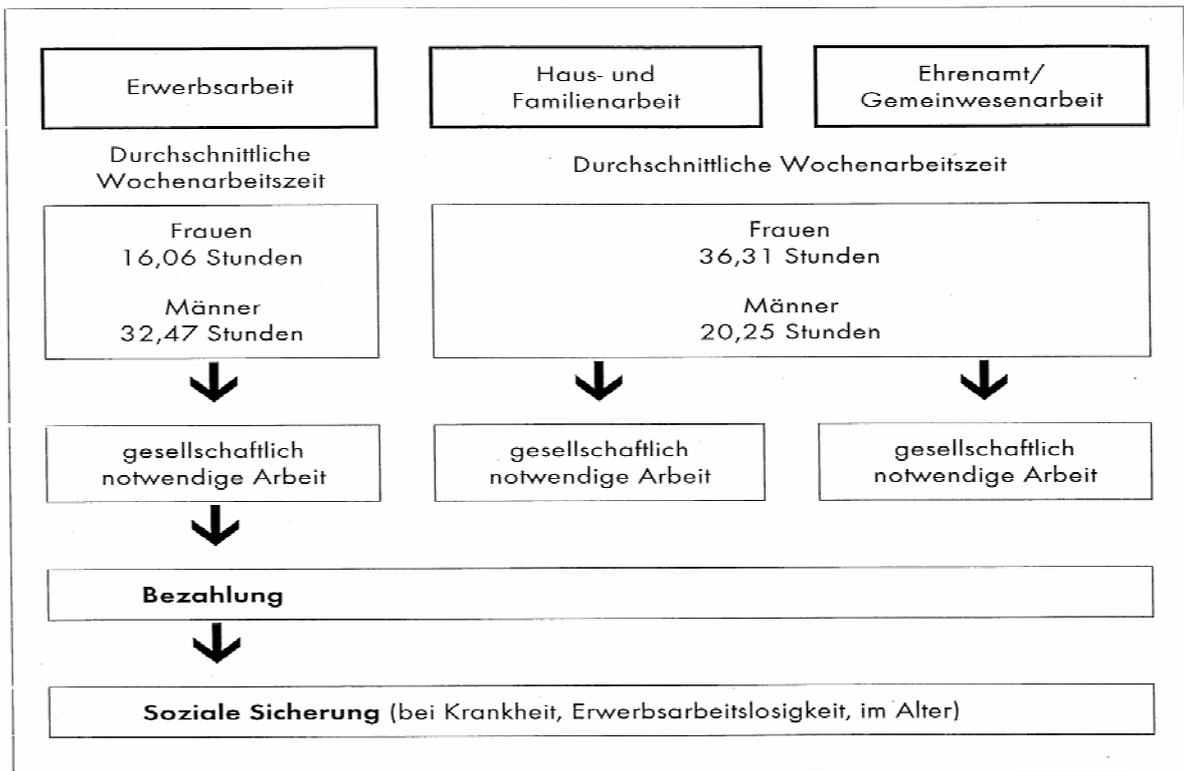




### Triade der menschlichen Arbeit



## Gewichtung der Triade der Arbeit nach Stunden



## Tätigkeitsgesellschaft



## Die wichtigsten Modelle von Grundeinkommen

(Synopsis übernommen aus Publik Forum)

### Mehr Reichtum für alle

**Vertreter:** Arbeitsgruppe der Partei *Die Linke*

**Ziel:** Mehr Gerechtigkeit durch eine Umverteilung von Wohlhabenden zu Armen, so der Wunsch eines Teils der Partei.

**Zielgruppe:** Alle, die seit drei Jahren ihren Hauptwohnsitz in Deutschland haben.

**Höhe:** 950 Euro für jede Person ab 16 Jahren, Kinder 475 Euro.

**Kosten:** Etwa 855 Milliarden Euro pro Jahr.

**Finanzierung:** Einsparung von Sozialleistungen sowie eine Grundeinkommensabgabe von 35 Prozent ab dem ersten Euro auf Erwerbs- oder Kapitaleinkommen. Zusätzlich (höhere) Steuern auf Primärenergie, Vermögen, Börsenerträge und Luxuskonsum. Im Gegenzug Senkung des Eingangsteuersatzes auf 7,5 Prozent und des Spitzensteuersatzes auf 25 Prozent.

**Rente und Gesundheit:** Die Sozialversicherungen bleiben. Personen mit Grundeinkommen sind kostenfrei mitversichert. Die gesetzliche Rentenversicherung wird zur Zusatzversicherung zum Grundeinkommen. Die Kranken- und Pflegeversicherungsabgabe beträgt 6,5 Prozent auf alle Bruttoeinkommen. Die Arbeitgeber zahlen eine Wertschöpfungsabgabe in die Kranken- und Pflegeversicherung.

**Bewertung:** Das Modell verteilt konsequent von Reich zu Arm und von wirtschaftlichen Erträgen zum Grundeinkommen um. Die gesellschaftliche Teilhabe aller am Reichtum wird befördert. Allerdings ist das hohe Grundeinkommen sehr teuer. Um es zu finanzieren, werden alle Arbeitseinkommen – auch geringe – mit hohen Abgaben belastet. ■

### Günstig für Arbeitgeber

**Vertreter:** Dieter Althaus (CDU).

**Ziel:** Ein solidarisches Bürgergeld soll mehr soziale Gerechtigkeit, weniger Bürokratie und Vollbeschäftigung schaffen.

**Zielgruppe:** Deutsche Staatsbürger/innen und EU-Bürger nach fünf Jahren Wartezeit.

**Höhe:** 600 Euro, Kinder die Hälfte. Zusätzlich 200 Euro für die Gesundheits- und Pflegeprämie. Das Bürgergeld von maximal 600 Euro wird bis zu einem Arbeitseinkommen von 1600 Euro als negative Einkommenssteuer abgeschmolzen. Ab 1600 Euro werden Steuern für den Staat fällig – und das Bürgergeld wird zum Freibetrag.

**Kosten:** Rund 183 Milliarden Euro. Zusätzlich 197 Milliarden für den Zuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung.

**Finanzierung:** Das Bürgergeld ersetzt fast sämtliche Sozialleistungen. Zusätzliche Kosten werden durch eine Einheitssteuer von 25 Prozent ab 1600 Euro gedeckt.

**Rente und Gesundheit:** Die Sozialversicherungen werden abgeschafft. Im Alter lebt man von Bürgergeld, einem arbeitgeberfinanzierten Zuschlag zum Bürgergeld – und privater Altersvorsorge. Gesundheit und Pflege werden über Prämien finanziert – ohne Arbeitgeber. Der Staat bezahlt dafür jeder Person 200 Euro pro Monat.

**Bewertung:** Bürgergeld, das mit dem Arbeitseinkommen abgeschmolzen wird, ist gerecht. Familien sind besser dran als Einzelpersonen. Das pragmatische Modell ist finanzierbar. Die Abschaffung der Sozialversicherungen und die Einheitssteuer begünstigen Gutverdiener und Arbeitgeber. ■

## Wirtschaft auf neuen Füßen

**Vertreter:** Götz Werner und Benediktus Hardorp.

**Ziel:** Der Gründer der dm-Drogeriemärkte Götz Werner will mit seinem vorläufigen Modell vom Zwang zur Erwerbsarbeit befreien, mehr Freiheit mit mehr Gerechtigkeit verbinden, aber auch die produktive Arbeit entlasten.

**Zielgruppe:** Alle Staatsbürger/innen. Zuwanderer nach Aufenthaltsdauer.

**Höhe:** Zum Einstieg 600 Euro, Kinder bis 18 Jahren die Hälfte. Rasche Anhebung der Höhe geplant.

**Kosten:** Keine offiziellen Angaben.

**Finanzierung:** Bei der geplanten Einstiegshöhe entfallen nur die Sozialleistungen unterhalb dieses Niveaus. Bei höherem Grundeinkommen entfallen alle Sozialleistungen. Grundsätzlich wollen Werner und Hardorp ein Grundeinkommen über höhere Mehrwertsteuern finanzieren. Nach Götz Werner ist eine soziale Staffelung der Verbrauchssteuern möglich. Werner will langfristig alle Steuern durch eine erhöhte Mehrwertsteuer ersetzen.

**Rente und Gesundheit:** Erhalt der Sozialversicherungen, solange gesetzliche Ansprüche bestehen und das Grundeinkommen gering ist. Später ersetzt sie das Grundeinkommen.

**Bewertung:** Ein unbürokratisches, finanzierbares und machbares Modell. Aber: Eine hohe Mehrwertsteuer belastet geringe Einkommen recht stark – mehr Gerechtigkeit gibt es nur bei konsequenter sozialer Staffelung der Mehrwertsteuer. Weniger direkte Steuern und höhere Verbrauchssteuern stellen die Wirtschaft auf neue Füße. Bleibt die Frage: Wem nutzt es am meisten? ■

## Vision im Trippelschritt

**Vertreter:** Landespartei der Bündnis-Grünen in Baden-Württemberg.

**Ziel:** Mehr Gerechtigkeit für alle Bürger, mehr Solidarität in der Gesellschaft und mehr Freiheit von Erwerbsarbeit.

**Zielgruppe:** Alle Staatsbürger/innen mit Hauptwohnsitz in Deutschland. Zuwanderer/innen nach Aufenthaltsdauer.

**Höhe:** 420 Euro pro Monat für Erwachsene, 300 Euro für Kinder.

**Kosten:** Keine Angaben. Das Modell funktioniert nach dem Prinzip der negativen Einkommenssteuer: Bis zu einer bestimmten Einnahmenhöhe erhält man ein abnehmendes Grundeinkommen. Ab einem bestimmten Arbeitseinkommen werden Steuern an den Staat gezahlt.

**Finanzierung:** Das Grundeinkommen ersetzt fast alle steuerfinanzierten Sozialleistungen. Wohngeld und Hilfen für besondere Lebenslagen soll es weiterhin geben. Um das Grundeinkommen zu finanzieren, sollen Steuerschlupflöcher beseitigt, das Ehegattensplitting abgeschafft und ökologische Steuern und Abgaben weiterentwickelt oder neu eingeführt werden.

**Rente und Gesundheit:** Die Sozialversicherungen und ihre Beiträge bleiben. Das Grundeinkommen gilt als Sockelrente, Ansprüche aus der gesetzlichen Rentenversicherung kommen hinzu.

**Bewertung:** Dieses Konzept ist allenfalls ein erster Schritt der Vision eines Grundeinkommens. Aus Sicht von Politikern ist es jedoch ein wesentlicher Schritt weg von der gegenwärtigen Sozialkontrolle – hin zu mehr Freiheit und Teilhabe. ■

## Unbürokratisch marktliberal

**Vertreter:** *Hamburgisches Weltwirtschaftsinstitut.*

**Ziel:** Die Wirtschaftswissenschaftler wollen alle Bürger/innen nach unten absichern und Bürokratie abbauen.

**Zielgruppe:** Alle in Deutschland lebenden Personen.

**Höhe:** Variante 1: 600 Euro pro Monat, auch für Kinder. Variante 2: 400 Euro plus 200 Euro Grundprämie für die Krankenversicherung.

**Kosten:** Etwa 594 Milliarden Euro jährlich für Variante 1 und 396 Milliarden Euro plus Grundprämie für Variante 2.

**Finanzierung:** Die meisten Sozialleistungen entfallen. Ab dem ersten Euro Arbeitseinkommen wird eine einheitliche Einkommenssteuer fällig, deren Höhe mal 35 Prozent beträgt, mal offengelassen wird. Eine höhere Mehrwertsteuer zur Finanzierung des Grundeinkommens wird erwogen.

**Rente und Gesundheit:** Die bisherigen beitragsfinanzierten Sozialversicherungen werden durch das Grundeinkommen ersetzt. Wer im Alter mehr will als das Grundeinkommen, muss privat vorsorgen. Kranken- und Pflegeversicherung werden steuerfinanziert – oder als Grundprämie zum Grundeinkommen ausbezahlt.

**Bewertung:** Sozial Benachteiligte werden von bürokratischer Bevormundung befreit. Alleinstehende stehen schlechter da als heute. Die geringe Höhe und die Privatisierung der Rentenversicherung weisen das Modell als wirtschaftsliberal aus. Ein gleiches Grundeinkommen für Kinder könnte allerdings Familien stärken. ■

## Kinderfreundliche Solidarität

**Vertreter:** *Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ).*

**Ziel:** Der BDKJ will Armut überwinden, vor allem in Familien, mehr Wahlmöglichkeiten für Beschäftigte und die Auflösung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.

**Zielgruppe:** Alle Menschen in Deutschland von Geburt an. Erwachsene Migranten nach acht Jahren. Bedingung für den Erhalt des Grundeinkommens sind für 18- bis 64-Jährige jährlich 500 Stunden Engagement in Familie, Bildung, bürgerschaftlicher Arbeit oder Erwerbsarbeit.

**Höhe:** 800 Euro für Erwachsene und Kinder. Modell negative Einkommenssteuer: Das Grundeinkommen wird langsam abgeschmolzen, wenn andere Einkommen anfallen. Es wirkt dann aber als Freibetrag.

**Kosten:** Etwa 500 Milliarden Euro pro Jahr.

**Finanzierung:** Viele Sozialleistungen werden ersetzt. Besteuerung aller Einkommensarten, auch Vermögen, sowie eine Wertschöpfungsabgabe für Arbeitgeber, die sich an der Produktivität und nicht an der Arbeitsplatzzahl bemisst. Zusätzlich langsam steigende Ökosteuern auf Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung.

**Rente und Gesundheit:** Die Kranken- und Pflegeversicherung soll durch Beiträge auf alle Einkommensarten finanziert werden. Im Alter soll das Grundeinkommen mit der gesetzlichen Rente verbunden werden.

**Bewertung:** Ein gleiches Grundeinkommen für Kinder und Erwachsene ist sehr kinderfreundlich und solidarisch, aber teuer. Die Finanzierung hängt davon ab, ob eine Wertschöpfungsabgabe und eine Vermögenssteuer durchgesetzt sowie einige Steuern erhöht werden können. ■

## Von der Arbeit zur Tätigkeit

**Vertreter:** *Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e. V.*

**Ziel:** Tätigkeitsgesellschaft statt Arbeitsgesellschaft. Mehr Gerechtigkeit, Befreiung vom existenziellen Druck zur täglichen Erwerbsarbeit, stattdessen Stärkung von Familienarbeit, Pflege und Bürgerengagement.

**Zielgruppe:** Alle Staatsbürger/innen mit Wohnsitz in Deutschland und Zugezogene nach fünf Jahren Wartezeit.

**Höhe:** 670 Euro pro Monat für Erwachsene, 400 Euro für Kinder.

**Kosten:** Rund 570 Milliarden Euro.

**Finanzierung:** Einsparung von Sozialleistungen, Wegfall von Bürokratie. Steigende Steuereinnahmen durch steigenden Konsum. Abschaffung des Grundfreibetrags und vieler Steuervergünstigungen, Einführung einer Vermögenssteuer und eines höheren Spitzensteuersatzes sowie Besteuerung aller Finanztransaktionen. Schließen von Steuerschlupflöchern.

**Rente und Gesundheit:** Sie werden weiterhin über Beiträge auf Arbeitseinkommen finanziert. Für Bezieher von Grundeinkommen zahlt der Staat die Beiträge. Im Alter addieren sich Grundeinkommen und Ansprüche auf eine Beitragsrente.

**Bewertung:** Arme ohne Kinder stehen im Vergleich schlechter da, Familien besser. Das Modell ist gerecht, weil es auf Umverteilung von Reich nach Arm setzt – und die Sozialversicherungen erhält. Ob allein eine höhere Besteuerung von Kapital und Vermögen die Kosten deckt, ist zu bezweifeln. ■

Die Gegenüberstellung der verschiedenen Modelle zum Grundeinkommen wurden mit freundlicher Genehmigung entnommen aus:

**Publik-Forum-Dossier  
"Ein Grund zum Leben",  
Januar 2009,**

Publik-Forum,  
Zeitung kritischer Christen,  
Oberursel

[www.publik-forum.de](http://www.publik-forum.de)

Wertvolle Anregungen erhalten wir immer wieder durch Publik-Forum!

Sie auch?

## Beschluss der KAB Deutschlands zum Grundeinkommen

Als Arbeitnehmerbewegung setzen wir uns für Gutes Leben und Gute Arbeit für alle ein. Aus unserer Tradition wissen wir um den besonderen Wert der Arbeit für die Teilhabe und Teilnahme an der Gesellschaft. Deshalb darf das Garantierte Grundeinkommen weder als Stilllegungs- oder Stillhalteprämie für Erwerbsarbeitslose noch als staatliche Subventionierung eines Niedriglohnsektors funktionieren. Durch das Garantierte Grundeinkommen werden die Zugänge zu allen Formen der Arbeit, also zur Erwerbsarbeit, zur Eigenarbeit und zur gemeinwesenorientierten Arbeit, geöffnet.

Die KAB Deutschlands setzt sich für die Einführung eines „Garantierten Grundeinkommens“ ein.

Das Garantierte Grundeinkommen bezeichnet ein gesellschaftspolitisches Konzept, nach dem jede Bürgerin/jeder Bürger einen individuellen gesetzlichen Anspruch auf eine bedingungslose monetäre Absicherung durch das jeweilige politische Gemeinwesen hat. Es wird als weltweites soziales Menschenrecht gedacht.

Die Kriterien des Garantierten Grundeinkommens sind für die KAB Deutschlands:

**universell:** Das Garantierte Grundeinkommen ist ein allen Menschen zustehendes Einkommen. Es besteht ein Rechtsanspruch. Jede Bürgerin / jeder Bürger erhält diese Leistung unabhängig von Einkommen, Vermögen und Lebensweise ausgezahlt.

**personenbezogen:** Jede Frau, jeder Mann und jedes Kind hat ein Recht auf Grundeinkommen. Es besteht ein individueller Anspruch ab dem Tag der Geburt. Eine gegenseitige Anrechnung im Rahmen von Bedarfsgemeinschaften erfolgt nicht. Auf diese Weise entsteht eine eigenständige Existenzsicherung für alle Menschen, die insbesondere Frauen und Kindern zugute kommt.

**existenzsichernd:** Die Garantie des soziokulturellen Existenzminimums ist eine Mindestanforderung zur Durchsetzung der Tätigkeitsgesellschaft. Das Grundeinkommen muss eine bescheidene, jedoch dem sozialen und kulturellen Standard entsprechende Lebensführung ermöglichen, um eine gesellschaftliche Teilhabe mit angemessenen Partizipationsmöglichkeiten zu gewährleisten.

**voraussetzungslos:** An die Gewährung des Grundeinkommens sind weder eine Kontrolle unbezahlter Arbeitsleistungen, eine Verpflichtung zur Erwerbsarbeit oder sonstige Zwangsmaßnahmen und Kontrollen geknüpft.

Dem Garantierten Grundeinkommen liegt ein positives Menschenbild zugrunde.

### **Rahmenbedingungen**

Das Garantierte Grundeinkommen ist jedoch keine Stilllegungs- oder Stillhalteprämie für Erwerbsarbeitslose. Es geht vielmehr um Aktivierung und Integration. Durch das Grundeinkommen sollen die Zugänge zu allen Formen der Arbeit, also auch zur Erwerbsarbeit, geöffnet werden. Dieses Ziel kann jedoch nur durch flankierende Maßnahmen erreicht werden.

Mindestlohn: Damit bestehende Lohnniveaus nicht noch weiter unter Druck geraten und das Grundeinkommen als flächendeckendes Kombi-lohnmodell missbraucht wird, ist die Einführung eines gesetzlich garantier-ten Mindestlohnes unumgänglich. Entsprechende Vorschläge wurden von der KAB unterbreitet.

Arbeitszeitverkürzung: Ähnlich verhält es sich in der Frage der Umverteilung bestehender Erwerbsarbeit. Bei kontinuierlich sinkendem Arbeitszeitvolumen kann nur durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung eine gerechte Verteilung der zur Verfügung stehenden Erwerbsarbeit realisiert werden.

Erhalt der Solidarität in den sozialen Sicherungssystemen: Die paritätisch finanzierten Sozialversicherungen sind eine wichtige Errungenschaft der Arbeiterbewegung. Die Sozialversicherungsbeiträge sind als Lohnbestandteil und nicht als Lohnnebenkosten zu verstehen. Das Grundeinkommen darf nicht missbraucht werden, um diese Leistungen zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu streichen.

Infrastruktur und Bildungsoffensive: Auf der einen Seite wird die Zukunftsfähigkeit Deutschland massiv befördert, indem durch das Grundeinkommen in einem risikoärmeren Umfeld Bildungsanstrengungen unternommen werden können. Dieses Potential darf jedoch nicht durch zunehmende Kommerzialisierung der Infrastruktur konterkariert werden. Ebenso wichtig ist der Ausbau und kostenlose Zugang zu wichtigen öffentlichen Gütern, wie z.B. Kinderkrippen/-garten, Schulen, Hochschulen, Bibliotheken etc.

Europäische Dimension: Die KAB fordert zur Einlösung der sozialen Grundrechte den entschiedenen Kampf gegen Armut und gesellschaftliche Spaltung, der nicht vor Ländergrenzen haltmachen kann. Soziale Grundrechte dürfen nicht auf dem Altar eines Standortwettbewerbs geopfert werden. Insbesondere unter dem Blickwinkel zunehmender europäischer Integration muss das Grundeinkommen europäisch gedacht werden.

### **Die KAB schlägt folgende Umsetzungsschritte vor:**

Grundsätzlich erhält jede Bürgerin und jeder Bürger mit Wohnsitz in Deutschland das Garantierte Grundeinkommen. Zugezogene Mitbürgerin-

nen und Mitbürger sind nach einer Wartezeit von fünf Jahren ebenfalls anspruchsberechtigt.

Das Garantierte Grundeinkommen ersetzt die auf Fürsorgeprinzipien beruhenden und dementsprechend steuerfinanzierten sozialpolitischen Instrumente: Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Grundsicherung für nicht Erwerbsfähige, Kindergeld, BAföG etc.

Die großen fünf Säulen der Sozialversicherung (Kranken-, Pflege-, Renten-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung) bleiben erhalten.

Die Höhe des Grundeinkommens orientiert sich an der neu definierten Armutsvermeidungsgrenze des 2. Lebenslagenberichtes: 938 Euro inkl. Miete für einen Haushalt. Die Höhe des Grundeinkommens in unserem Modell beträgt für Kinder unter 18 Jahren 400 Euro und für alle anderen 660 Euro. Wenn nun ein eventueller Beitrag zur Sozialversicherung und ein bestehender Wohngeldanspruch hinzuaddiert werden, ist die Armutsvermeidungsgrenze erreicht. Ebenfalls dürfen die besonderen Hilfen in besonderen Lebenslagen nicht wegfallen, da sonst individuell prekäre Verhältnisse entstehen können. Pauschalierte Mehrbedarfe für Schwangere, Alleinerziehende, Diabetiker u.ä. in Höhe von 180 Euro sind einzuführen. Die Auszahlung des Grundeinkommens erfolgt über das Finanzamt.

Die Beiträge zur Sozialversicherung werden auf diejenigen Einkünfte erhoben, die neben dem Grundeinkommen bezogen werden. Hier gilt das Prinzip einer flächendeckenden Bürgerversicherung, in der alle Einkunftsarten (siehe Rentenmodell der KAB für die Sockelrente) einbezogen werden und die Beitragsbemessungsgrenze verdoppelt wird. Die Versicherungspflichtgrenze wird auf das Niveau der Beitragsbemessungsgrenze angehoben. Sollten neben dem Grundeinkommen keinerlei Einkünfte bezogen werden, sind die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung vom Staat zu übernehmen. Die bisher definierte Sockelrente im Rentenmodell der KAB wird langfristig auf das Niveau des Grundeinkommens angehoben.

### **Die Finanzierungsvorschläge der KAB Deutschlands sind:**

Neben den Einsparungen durch den Wegfall der steuerfinanzierten Sozialleistungen nach dem Fürsorgeprinzip sind auch solche in der Sozial- und Kontrollbürokratie zu erwarten. Der größte Teil des Finanzbedarfs ist jedoch durch eine Umgestaltung des Steuersystems zu erbringen. Hierzu gehören etwa die Wiedereinführung der Vermögensteuer mit einem verfassungsgemäßen Einheitswert und die Erhöhung der Erbschaft- und Schenkungssteuer. Insbesondere im Einkommenssteuerrecht sind u.a. folgende Veränderungen vorzunehmen: Wegfall des Grundfreibetrags, Reduzierung diverser Steuervermeidungstechniken (Abschreibungsmöglichkeiten), Eindämmung der Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung (z.B.

durch zwangsweise Angabe einer einheitlichen Steuernummer bei jeder Transaktion) und vor allem eine Verstärkung der Progression durch Wiedereinführung eines Höchststeuersatzes von 53% für Einkommen ab 100.000 Euro (Singles). Die Besteuerung der Einkunftsart Zinsen wird vollständig in das Einkommensteuerrecht integriert und Gewinne aus Finanzmarkttransaktionen (Börsenspekulationen, Unternehmensanteilskäufe u.ä.) mit einer Börsenumsatzsteuer belegt. Internationale Finanzmarkttransaktionen sind mit einer Devisenumsatzsteuer (CTT) zu besteuern. Weitere Finanzierungsmöglichkeiten bestehen bei bestimmten Verbrauchssteuern (Tabak, Branntwein, Sekt und Wein).

*Beschlossen vom Bundesverbandstag 2007 in Erfurt*

### **Interessant, wie sich unsere Forderungen bei anderen wieder finden!**

#### *Anforderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Politik*

Der DGB und die Gewerkschaften wollen eine Politik,

- die die Finanzmärkte wirksam reguliert, Steueroasen austrocknet und Finanztransaktionen besteuert;
- die Wachstum fördert und einen nachhaltigen Wachstumspfad ermöglicht und dies mit einem Einstieg in den sozialen und ökologischen Umbau verbindet;
- die prekäre Arbeitsverhältnisse bekämpft, Arbeitsverhältnisse sozial sichert und Mindestlöhne verankert;
- die den Sozialstaat in einem umfassenden Sinne erneuert und somit allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht;
- die die Besserverdienenden und Vermögenden zur Bewältigung der Krise heranzieht, die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sichert, Daseinsvorsorge und innere Sicherheit gewährleistet;
- die Bildungschancen verbessert, soziale Barrieren abbaut und berufliche Bildung für Alle ermöglicht;
- die Rechtsextremismus wirksam bekämpft und ein Verbot der NPD betreibt.

## URTEILEN

### Bibelstellen zum Thema

- **Gen 2, 7-9.15:** Gottes Auftrag an den Menschen
- **Ex 16, 9-26:** Das Manna in der Wüste – „Arbeiten um zu leben“
- **Koh 3, 1-8:** Alles hat seine Zeit
- **Mt 11, 28-30:** Vom Aufatmen für mühselig Beladenen
- **Mt 20, 1-16:** Auszahlung eines gerechten Lohnes
- **Mt 25, 14-30:** Arbeiten mit den anvertrauten Talenten
- **Lk 12, 13-21:** Eigentum verpflichtet zur sozialen Verantwortung
- **Lk 12, 22-32:** Die Sorge um Gottes Reich und Gerechtigkeit

### Der Wert der Arbeit in der Bibel

Nach der biblischen Botschaft „machte“ Gott der Herr Erde und Himmel (Gen 2, 4 b). Gott wirkte, Gott arbeitete. Schaffen, Arbeiten, Wirken ist göttliches Tun. Er setzte den Menschen in den Garten Eden, damit er ihn bebaue und hüte (Gen 2, 15). Das Arbeiten als Bebauen und Bewahren gehört zum paradiesischen Zustand.

Die Heilige Schrift hat einen umfassenden Arbeitsbegriff: arbeiten, schaffen, tun, wirken, Werk, dürften die Übersetzungen sein. ...Werk, Wirken im umfassenden Sinn, meint Arbeit, Handeln und Tun, körperliche Arbeit, Auferbauung der Gemeinde und Predigt, alles ist letztlich begründet im umfassenden Wirken Gottes. Wenn Gott arbeitet, dann ist es auch des Menschen würdig zu arbeiten. Er hat dadurch Anteil an Gottes Wirken und Kraft, auch wenn dieser Anteil unter der Last der Sünde steht, die aber die grundsätzlich positive Einschätzung der Arbeit nicht brechen konnte.

*Ernst Leuninger, ehem. Diözesanpräses der KAB-Limburg*

### Kirchliche Soziallehre und Verteilungsgerechtigkeit

„Die Soziallehre der Kirche hat stets die Wichtigkeit der *distributiven Gerechtigkeit* und der *sozialen Gerechtigkeit* für die Marktwirtschaft selbst betont – nicht nur weil diese in das Netz eines größeren sozialen und politischen Umfelds eingebunden ist, sondern auch aufgrund des Beziehungsgeflechts, in dem sie abläuft.“

*(Enz. Caritas in veritate, Ziff. 35)*

Der evangelische Sozialethiker, *Prof. Dr. Franz Segbers* leitet aus den Erinnerungen an den biblischen Schabbat **vier notwendige Umverteilungsprozesse** ab, die der wirtschaftlichen Entwicklung ein menschliches Ziel geben können:

- **Umverteilung der Erwerbsarbeit** – damit alle Menschen Arbeit haben, durch die sie ihren Lebensunterhalt verdienen können.
- **Umverteilung der Zeit** – damit Raum frei wird für Tätigkeiten im Sinne der menschlichen Lebensqualität.
- **Umverteilung der Arbeit** zwischen Männern und Frauen im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit.
- **Umverteilung des Sozialprodukts** im Sinne eines Wohlstands und guten Lebens für alle.

## Aussagen der Kath. Soziallehre

„Die Arbeit darf nicht als eine bloße Ware behandelt werden; sei sie doch eine Äußerung der menschlichen Person. Für die große Mehrheit der Menschen ist sie zudem die einzige Quelle ihres Lebensunterhalts. Darum darf die Höhe ihrer Vergütung nicht dem Spiel der Marktgesetze überlassen werden, sondern muss vielmehr bestimmt werden von Gerechtigkeit und Billigkeit.“

*Enzyklika „Mater et magistra“ (1961) Nr. 18*

„Die in der Gütererzeugung, der Güterverteilung und in den Dienstleistungsgewerben geleistete menschliche Arbeit hat den Vorrang vor allen anderen Faktoren des wirtschaftlichen Lebens, denn diese sind nur werkzeuglicher Art. Die Arbeit nämlich ist unmittelbarer Ausfluss der Person, die den stofflichen Dingen ihren Stempel aufprägt und sie ihrem Willen dienstbar macht.“

*II. Vatikanisches Konzil (1965) Pastoralconstitution „Gaudium et spes“ Nr. 67*

„Bei der Arbeit steht der Mensch an erster Stelle. Mag er Künstler oder Handwerker sein, Unternehmer, Arbeiter oder Bauer, mag er Handarbeit verrichten oder geistig tätig sein, es ist immer der Mensch, der arbeitet und es ist immer der Mensch, für den er arbeitet. Damit hat es aber ein Ende mit dem Vorrang der Arbeit vor dem Arbeiter. Niemals mehr die Arbeit über den Arbeiter, niemals mehr die Arbeit gegen den Arbeiter, jedoch stets die Arbeit für den Arbeiter, die Arbeit im Dienste des Menschen, jedes Menschen und des ganzen Menschen.“

*Ansprache Paul VI. vor der Intern. Arbeitsorganisation (1969) Nr. 11*

„So wahr es ist, dass der Mensch zur Arbeit bestimmt und berufen ist, so ist doch in erster Linie, die Arbeit für den Menschen da und nicht der Mensch für die Arbeit'. Maßstab für jedwede Arbeit ist die Würde ihres Subjekts, das ist der Person des Menschen, der sie verrichtet. Ziel der Arbeit, und zwar jedweder Arbeit, mögen es höchstbedeutsame Dienste sein oder völlig eintönige oder nach der öffentlichen Meinung auf die niederste gesellschaftliche Schicht herabdrückende Schmutzarbeit, bleibt letztendlich doch immer der Mensch selbst.“

*Enzyklika „Laborem exercens“ (1981) Kap. 6/Ziff.6*

„Die Arbeit ist eine Wohltat für den Menschen – für sein Menschsein – weil er durch die Arbeit nicht nur die Natur umwandelt und seinen Bedürfnissen anpasst, sondern auch sich selbst als Mensch verwirklicht, ja gewissermaßen, mehr Mensch wird'.“

*Enzyklika „Laborem exercens“ Kap. 9/Ziff.3*

„In gewisser Hinsicht lässt sich die Arbeit überhaupt nicht vom Kapital trennen, auf keinen Fall aber erträgt sie jene Widersprüchlichkeit, die sie vom Produktionsmittel trennen und in Gegensatz zu ihnen stellen will. Das aber ist es doch, was als Folge ökonomistischer Denkweise das Leben der Menschen der letzten Jahrzehnte belastet hat. Wenn der Mensch arbeitet und sich dabei aller verfügbaren Produktionsmittel bedient, so möchte er zugleich, dass die Früchte dieser Arbeit ihm und den anderen zugute kommen und dass er bei diesem Arbeitsprozess Mitverantwortlicher und Mitgestalter an dem Arbeitsplatz sein darf, an dem er tätig ist.“

*Enzyklika „Laborem exercens“ Kap. 15/Ziff.1*

„Der Wert jeder menschlichen Arbeit hängt nicht an erster Stelle von der Art der geleisteten Arbeit ab; er hat sein Fundament in der Tatsache, dass der Handelnde eine Person ist. Es handelt sich hier um ein ethisches Kriterium, dessen Förderung keinem entgehen sollte. Daher hat jeder Mensch ein Recht auf Arbeit, das praktisch anerkannt werden muss durch wirksame Anstrengungen, um das dramatische Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen.“

*Instruktion der Kongregation für die Glaubenslehre  
„Libertatis conscientia“ (1986) Nr. 85*

„Arbeiten ist heute mehr denn je ein Arbeiten mit den anderen und ein Arbeiten für die anderen: Arbeiten besagt, etwas für jemanden tun. Die Arbeit ist um so fruchtbarer und produktiver, je mehr der Mensch imstande ist, die Produktivkraft der Erde und die wahren Bedürfnisse des anderen Menschen zu erkennen, für den die Arbeit getan wird.“

*Enzyklika „Centesimus annus“ (1991) Nr. 31*

„Die Verpflichtung, im Schweiße des Angesichts sein Brot zu verdienen, besagt gleichzeitig ein Recht. Eine Gesellschaft, in der dieses Recht systematisch verweigert wird, in der es die wirtschaftspolitischen Maßnahmen den Arbeitern nicht ermöglichen, eine befriedigende Beschäftigungslage zu erreichen, kann weder ihre sittliche Rechtfertigung noch den gerechten sozialen Frieden erlangen.“

*Enzyklika „Centesimus annus“ (1991) Nr. 43*

„Was bedeutet das Wort „Würde“ auf die Arbeit angewandt? Es bedeutet eine Arbeit, die in jeder Gesellschaft Ausdruck der wesenseigenen Würde jedes Mannes und jeder Frau ist: eine frei gewählte Arbeit, die die Arbeitnehmer, Männer und Frauen, wirksam an der Entwicklung ihrer Gemeinschaft teilhaben lässt; eine Arbeit, die auf diese Weise den Arbeitern erlaubt, ohne jede Diskriminierung geachtet zu werden; eine Arbeit, die es gestattet, die Bedürfnisse der Familie zu befriedigen und die Kinder zur Schule zu schicken, ohne dass diese selber gezwungen sind zu arbeiten; eine Arbeit, die den Arbeitnehmern erlaubt, sich frei zu organisieren und ihre Stimme zu Gehör zu bringen; eine Arbeit, die genügend Raum lässt, um die eigenen persönlichen, familiären und spirituellen Wurzeln wieder zu finden; eine Arbeit, die den in die Rente eingetretenen Arbeitnehmern würdige Verhältnisse sichert.“

*Papst Benedikt XVI: Enz. „Caritas in Veritate“ 63*

„Auch in Zukunft wird die Gesellschaft dadurch geprägt sein, dass die Erwerbsarbeit für die meisten Menschen den bei weitem wichtigsten Zugang zu eigener Lebensvorsorge und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben schafft. In einer solchen Gesellschaft wird der Anspruch der Menschen auf Lebens-, Entfaltungs- und Beteiligungschancen zu einem Menschenrecht auf Arbeit. Wenngleich dieses ethisch begründete Anrecht auf Erwerbsarbeit nicht zu einem individuell einklagbaren Anspruch werden kann, verpflichtet es die Träger der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Tarif- und Sozialpolitik, größtmögliche Anstrengungen zu unternehmen, um die Beteiligung an der Erwerbsarbeit zu gewährleisten.“

*Gemeinsames Kirchenwort 1997 – Nr. 151*

„So lange die Erwerbsarbeit die existentielle Grundlage für die Sicherung des Lebensunterhalts, die soziale Integration und persönliche Entfaltung des einzelnen ist, ist es die Aufgabe einer sozial verpflichteten und gerechten Wirtschaftsordnung, allen Frauen und Männern, die dies brauchen und wünschen, den Zugang und die Beteiligung an der Erwerbsarbeit zu eröffnen. Ihnen sollen die mit der Erwerbsarbeit verbundenen Chancen der Teilnahme, der sozialen Integration, der Existenzsicherung und der persönlichen Entfaltung eröffnet werden. Diese Verpflichtung richtet sich

gleichermaßen an die Politik und die Tarifvertragsparteien, aber auch an die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern, die Bundesbank sowie die einzelnen Unternehmen und die Vielzahl der Einrichtungen, die als Träger von Beschäftigungsinitiativen in Frage kommen, nicht zuletzt an die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände.“

*Gemeinsames Kirchenwort 1997 – Nr. 168*

„Der Grundgedanke vom Teilen der Erwerbsarbeit war den Kirchen in der Diskussion um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit stets wichtig. Sie haben nie behauptet, dass sich Arbeitslosigkeit allein oder vorrangig durch das Teilen von Erwerbsarbeit überwinden lasse. Aber es gilt, auch diesen Weg zu nutzen. Arbeitszeitverringerungen ohne vollen Lohnausgleich können dazu beitragen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen zu erhöhen. Auch mehr Teilzeitarbeitsplätze und der Abbau von Überstunden sind geeignet, die vorhandene Arbeit breiter zu verteilen.“

*Gemeinsames Kirchenwort 1997 – Nr. 172*

„Bei der Lösung der Beschäftigungskrise kommt es schließlich darauf an, die „Dominanz der Erwerbsarbeit“ zu überwinden und die verschiedenen Formen von Arbeit gesellschaftlich anzuerkennen und zu unterstützen. Arbeit wird nicht nur im Erwerbsbereich geleistet, sondern auch in der Familie und in sog. ehrenamtlichen Tätigkeiten.“

*Gemeinsames Kirchenwort 1997 – Nr. 176*

„Frauen wollen ihre Fähigkeiten und Anliegen in Familie und Beruf, im privaten und im öffentlichen Leben verwirklichen. Sie wollen dabei bezahlte und die überwiegend von ihnen geleistete unbezahlte Arbeit mit Männern teilen und in allen Bereichen partnerschaftlich mit ihnen zusammenarbeiten. Dies setzt nicht nur einen Wandel in den Beziehungen und Verhaltensweisen von Männern und Frauen voraus. Erforderlich sind ebenso strukturelle Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft, die den unterschiedlichen Bedürfnissen und Lebenssituationen von Männern und Frauen, von Vätern und Müttern gerecht werden.“

*Gemeinsames Kirchenwort 1997 – Nr. 201*

„Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die bisher einseitig zu Lasten der Frauen ging, muss für Frauen und Männer gleichermaßen möglich sein. Das schließt die vermehrte Beteiligung der Männer an der Haus- und Familienarbeit ein, verlangt aber auch besondere Bemühungen, die Familienarbeit in verstärktem Maße als gleichrangig neben der Erwerbsarbeit anzuerkennen.“

*Gemeinsames Kirchenwort 1997 – Nr. 202*

## Aus dem KAB-Grundsatzprogramm 1996

„Die Arbeit gehört zum Menschen. In Gemeinschaft mit anderen verwirklichen Frauen und Männer ihre unvergleichbare Würde als Abbild Gottes durch Arbeit. Hier gilt Arbeit für jede Art menschlicher Betätigung. Einzig und allein der Mensch ist zur Arbeit fähig. Arbeit als jede vom Menschen vollbrachte Leistung ist somit weit mehr als nur Erwerbsarbeit; sie ist absolut keine Ware, kein anonymer Produktionsfaktor. Der Mensch wird herabgesetzt, wenn er als „Arbeitskraft“ benannt und behandelt wird.“

*Ziff. 5*

„Der Mensch ist von Gott zur Arbeit berufen. Diese grundsätzlich positive Bedeutung der menschlichen Arbeit ist grundgelegt in der alttestamentlichen Schöpfungsordnung; diese schreibt dem Menschen als Frau und Mann das Bewahren und Bebauen der Schöpfung zu.“

*Ziff. 6*

„Der Mensch ist ein tätiges Wesen, das prinzipiell im Zusammenhang von Natur und Gesellschaft wirkt. Er schafft Werte, die für sein Leben und für das Leben anderer von existentieller Bedeutung sind. Deshalb ist für Frauen und Männer die Arbeit - unabhängig davon, wie sie organisiert wird - eine bleibende Notwendigkeit. Sie schafft die materielle Lebensexistenz. Hinzu kommt ihre sozial-kulturelle und sozialpolitische Funktion: Arbeit ist nur denkbar und vollziehbar als Tätigkeit in sozialen Bezügen. Diese drücken sich in vielfältigen Formen aus:

- im solidarischen Zusammenwirken,
- in gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Ausdifferenzierung,
- in wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Anerkennung.“

*Ziff. 8*

„Die zentrale Stellung der Erwerbsarbeit wirkt heute spaltend auf die Gesellschaft, wenn:

- Erwerbsarbeitslosigkeit bedeutet, erhebliche Einschränkungen von Einkommen und sozialer Sicherheit, von einem anerkannten sozialen Sta-

tus und Konsum, sowie von Bildungs- und Teilhabechancen hinnehmen zu müssen;

- lang anhaltende hohe Massenarbeitslosigkeit nicht nur die unmittelbar von Arbeitslosigkeit Betroffenen und deren Familien ausgrenzt, sondern auch die gesamte Arbeitnehmerschaft und ihre Organisationen damit an Existenzsicherheit, Durchsetzungsfähigkeit und Einkommen verliert;
- Beschäftigte in den Betrieben in Kern- und Randbelegschaften aufgespalten werden und dies gleichzeitig eine Zuteilung bzw. Verweigerung von gesellschaftlichen Chancen bedeutet;
- die Durchsetzungsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt extrem ungleich verteilt sind und bestimmte Gruppen ausgegrenzt und an den gesellschaftlichen Rand gedrängt werden;
- sich durch die gesellschaftliche Organisation der Erwerbsarbeit geschlechtsspezifische Herrschaftsverhältnisse auf Kosten der Frauen herausbilden und verschärfen;
- sich eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung entwickelt, die Frauen diskriminiert, weil ihnen vorrangig Formen der Arbeit zugeordnet werden, die einen deutlich untergeordneten Stellenwert haben;
- insgesamt die gesellschaftliche Wertschätzung von Arbeit allein auf die über den Markt vermittelte Erwerbsarbeit bezogen ist.“

*Ziff. 14*

„Arbeitszeitverkürzungen sind für die KAB ein sinnvolles Mittel, um die Arbeit gerecht zu verteilen und Arbeitsplätze sichern. Arbeitszeitverkürzungen sind angebracht, wenn sie Arbeitsplätze sichern, Beschäftigung ausbauen, Gleichstellung von Frauen und Männern ermöglichen, ökologisch vertretbar umgesetzt werden und hinreichende Einkommen zulassen. Die unterschiedlichen Formen der Arbeitszeitverkürzung – als Verkürzung der Wochen-, Monats-, Jahres- oder Lebensarbeitszeit, als Ausweitung des Urlaubs oder als Sabbatjahr, als vorübergehende oder kontinuierliche Arbeitszeitreduzierung für ältere Beschäftigte - bleiben den Vereinbarungen der Tarifpartner überlassen.“

*Ziff. 55*

„Die KAB orientiert sich an einem gleichberechtigten Miteinander von Frauen und Männern. Vor diesem Hintergrund setzt sie sich für folgende Positionen ein:

- Das hierarchische Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit ist abzubauen, damit beide Bereiche eine Aufgabe von Frauen und Männern werden.
- Nötig sind materielle Leistungen und soziale Absicherung für Frauen und Männer, um Wahlfreiheit im Hinblick auf die gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten zu ermöglichen.
- Durch Arbeitszeitreduzierung, Arbeitsplatzteilung und neue Arbeitszeitmodelle gewonnene Zeit muss zu mehr partnerschaftlicher Verteilung der Tätigkeiten, die nicht Erwerbsarbeit sind, genutzt werden.
- Die Kompetenzen, die sich Frauen und Männer in der Familientätigkeit, bei der Haushaltsführung sowie in der Pflege- und Erziehungsarbeit aneignen, sind beruflich und gesellschaftlich anzuerkennen.“

*Ziff. 59*

„Die KAB fordert eine Verteilungspolitik, die die Ungleichheit von Arbeitseinkommen und Einkommen aus Unternehmertätigkeit bzw. Vermögen verringert.

- Sie setzt sich deshalb dafür ein, dass Erträge, die aus dem Zusammenspiel von Arbeit und Kapital erwirtschaftet werden, nicht einseitig und sozial ungerecht ausgeschüttet und verteilt werden.
- Die ungerechte Umverteilungspolitik muss aufgegeben werden und das Leitprinzip der Solidarität in den Mittelpunkt ordnungspolitischer Überlegungen gerückt werden.
- Die KAB hält es für notwendig, dass eine „bedarfsorientierte Grundsicherung“ gewährleistet wird.“

*Ziff. 71*

## Leitantrag Diözesantag 2009

„Die Arbeit hat vorrangige Bedeutung für die Verwirklichung des Menschen“ (Papst Benedikt XVI.)

### **Arbeit hat Zukunft – trotz Krise!**

Unser Leitsatz: „Arbeit 2020 – Tätigsein in sozialer Sicherheit!“

Unser Land befindet sich in einer Zeit dramatischen gesellschaftlichen Wandels. Vor allem die Umbrüche in der Arbeitswelt gehen immer schneller und tiefer vor sich. Die fast ausschließlich männlich geprägte „Normalerwerbsbiographie“ ist schon längst in Auflösung begriffen. Die gesellschaftliche Fixierung auf die Erwerbsarbeit und ihre Gleichsetzung mit sinnvoller Tätigkeit wird immer problematischer und immer weniger zukunftsfähig. Zudem scheint das Ziel einer Erwerbsvollbeschäftigung nach dem herkömmlichen Muster der Industriegesellschaft nicht nur gesellschaftlich, sondern auch wirtschaftlich und ökologisch illusorisch zu sein. Seit vielen Jahren werden Millionen von Menschen vorübergehend oder sogar dauerhaft von der Erwerbsarbeit und damit von der Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Diese Massenarbeitslosigkeit wird vom Staat mit Milliarden finanziert. Andererseits werden Millionen von Überstunden gemacht und immer mehr Menschen werden durch Flexibilisierung, Deregulierung und Arbeitsverdichtung in Krankheit und Arbeitsunfähigkeit getrieben.

Die menschliche Arbeit verliert immer mehr ihren Wert und wird zunehmend zu einer Ware. Armut trotz Arbeit ist heute zu einer beschämenden gesellschaftlichen Wirklichkeit geworden, die die Würde des Menschen zutiefst verletzt. In unserem Land muss über 1 Million Erwerbstätige zusätzlich staatliche Unterstützung beantragen – davon arbeitet die Hälfte in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die prekären Arbeitsverhältnisse sind in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen:

- Die Zahl der Leiharbeiter hat sich innerhalb der vergangenen 15 Jahre versiebenfacht;
- Jeder Vierte der Unter-Dreißigjährigen hat nur einen befristeten Arbeitsvertrag.
- Mehr als 6 Millionen Menschen in unserem Land – überwiegend Frauen – sind im Niedriglohnbereich tätig.
- 4,6 Millionen Erwerbstätige bekommen weniger als 7,50 € Brutto die Stunde.

Andererseits verdienen etwa 2 Millionen Menschen mehr als dreimal so viel wie ein Durchschnittsverdiener. Diese ungleiche Verteilung von Arbeit und Einkommen wird verschärft durch die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich schon jetzt stark niederdrückend und angsteinflößend

auf das Leben und Arbeiten der Menschen auswirkt. Auch wenn es unser vorrangiges Anliegen ist, wird es uns wahrscheinlich nicht gelingen, diese prekären Arbeitsbedingungen wieder in sozialversicherungspflichtige Normalarbeitsverhältnisse zurückzuverwandeln. Die tief greifende Krise des Weltfinanzsystems, die in eine Krise der Weltwirtschaft mündete, stellt nebenbei sogar unser gesamtes System der Sozialen Marktwirtschaft in Frage.

Angesichts dieser massiven Umbrüche in Gesellschaft und Arbeitswelt ist die Zeit reif für einen grundlegenden Strukturwandel. Für uns als KAB ist aber die Arbeitsgesellschaft nicht am Ende. Denn Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit. „Der Mensch ist für ein tätiges Leben geschaffen und erfährt dessen Sinnhaftigkeit im Austausch mit seinen Mitmenschen...Deshalb kann die Gesellschaft dadurch humaner und zukunftsfähiger werden, dass auch unabhängig von der Erwerbsarbeit die Chancen für einen gesicherten Lebensunterhalt, für soziale Kontakte und persönliche Entfaltung erhöht werden.“ (Gem. Kirchenwort 1997, Abs. 152) Daher tritt die KAB dafür ein, die Erwerbsarbeitsgesellschaft hin zu einer „Tätigkeitsgesellschaft“ fortzuentwickeln, die als Leitorientierung für eine moderne soziale und ökologische Marktwirtschaft dienen kann. Wir können nicht weiter so tun, als lebe unsere Gesellschaft ausschließlich von der Erwerbsarbeit. Denn die Millionen von unbezahlten Arbeitsstunden, die tagtäglich in der Familienarbeit und in den ehrenamtlichen Tätigkeiten stecken, sind ein entscheidender Faktor nicht nur für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, sondern auch für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Die Vision einer „Tätigkeitsgesellschaft“, einer neuen Arbeitsgesellschaft zielt folgerichtig auf eine deutliche gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung dieser unentbehrlichen menschlichen Tätigkeiten, die jenseits der Erwerbsarbeit liegen. Erforderlich sind dabei ein neuer Ausgleich und ein neues Austarieren der „Triade der Arbeit“ (Dreiteilung des Arbeitsbegriffs). Das heißt: Zwischen den drei gleichberechtigten und notwendigen Bereichen menschlicher Arbeit – Erwerbsarbeit, häusliche bzw. Familienarbeit und gemeinwesenbezogene Arbeit – müssen eine größere Durchlässigkeit und mehr Flexibilität geschaffen werden – damit Frauen und Männer gleichberechtigt an allen drei Formen menschlicher Arbeit teilhaben können.

Grundlegende Maßstäbe für eine solche neue Arbeitsgesellschaft bilden für uns die Prinzipien der Katholischen Soziallehre – Menschenwürde, Solidarität, Subsidiarität, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit. Grundlage und Ausgangspunkt eines christlichen Verständnisses von Arbeit ist die unantastbare und unveräußerliche Würde eines jeden Menschen und seine Berufung, am Schöpfungswerk Gottes aktiv teilzunehmen. Daher ist Arbeit keine Ware, die nach dem Prinzip von Angebot und Nachfrage gehandelt wird. Denn sie bezieht ihren Wert und ihre Würde vom Menschen, der sie verrichtet und der Ebenbild Gottes ist. Deshalb ist jedwede Arbeit nur dann gut und

sozial, wenn sie die Menschenwürde achtet und jede Art von Ausbeutung und Diskriminierung meidet – und vor allem, wenn sie gerecht entlohnt wird. Daher fordert die KAB die Einführung eines flächendeckenden armutsfesten gesetzlichen Mindestlohns.

Zu einer zukünftigen neuen Arbeitsgesellschaft gehört eine gezielte Umverteilung der weiterhin notwendigen Erwerbsarbeit. Da eine Ausweitung des Erwerbsarbeitsvolumens auch mittelfristig nicht im notwendigen Umfang zu erwarten ist, muss im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit die noch vorhandene Erwerbsarbeit auf möglichst viele Menschen gerecht verteilt werden. Sinnvolles Mittel dazu ist für die KAB die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit. Aus beschäftigungs-, gesundheits- und gesellschaftspolitischer Sicht eröffnen Arbeitszeitverkürzungen den Weg zu mehr Zeitsouveränität und Lebensqualität sowie zu einer besseren Vereinbarkeit der verschiedenen Formen der Arbeit für Frauen und Männer. Diese Vereinbarkeit bildet zugleich eine Grundlage für Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern – ein weiterer wichtiger Baustein der neuen Arbeits- bzw. Tätigkeitsgesellschaft.

Da durch die abnehmende Tendenz und die Umverteilung der Erwerbsarbeit eine ausreichende finanzielle Absicherung für die Menschen nicht mehr möglich ist, muss der Lebensunterhalt unabhängig von der Erwerbsarbeit gesichert werden. Deshalb erfordert die Vision einer Tätigkeitsgesellschaft für uns die vom Staat garantierte Gewährung eines bedingungslosen, existenzsichernden Grundeinkommens für alle Bürgerinnen und Bürger. Dieses gründet sozialetisch auf dem Recht eines jeden Menschen auf ein menschenwürdiges Leben und eine gerechte gesellschaftliche Teilhabe. Ein solches Grundeinkommen entspricht zudem unserer christlichen Überzeugung, dass menschliches Leben sich nicht eigener Leistung verdankt, sondern freies Geschenk Gottes ist. Als notwendige Ergänzung bedarf es zusätzlich einer gerechten und solidarischen Neugestaltung der sozialen Sicherungssysteme nach dem Vorbild des Alterssicherungsmodells der katholischen Verbände.

Schließlich setzt die Vision einer neuen Arbeits- bzw. Tätigkeitsgesellschaft die Schaffung einer völlig neu gestalteten zukunftsfähigen Wirtschaftsordnung durch die Politik voraus – einer Wirtschaftsordnung, die sozial, ökologisch und demokratisch geprägt ist und auf Solidarität und Kooperation statt auf Wettbewerb und Konkurrenz aufbaut. Die Finanz- und Wirtschaftskrise eröffnet Gesellschaft und Politik die realistische Chance einer dringend notwendigen Neugestaltung der Wirtschaft und der Arbeitsgesellschaft.

Der KAB-Diözesanverband München und Freising ist davon überzeugt: Die Vision einer neuen zukunftsfähigen Tätigkeitsgesellschaft macht deutlich: Arbeit hat Zukunft – trotz der Krise!

*Beschlossen vom Diözesanrat am 25. Juli 2009 in Freising*

## HANDELN

Kampagne der KAB für soziale Gerechtigkeit:  
**Gute Arbeit und gutes Leben für alle!**

### *Arbeitsgesellschaft im Umbruch*

Unsere Arbeitsgesellschaft wandelt sich ständig. Was zehn Arbeiter noch vor zwei Jahren produzierten, schaffen heute neun. Die Arbeitsproduktivität steigt. Das ist eine wesentliche Ursache für die strukturelle Massenarbeitslosigkeit in Deutschland. Ausgrenzung und soziale Spaltung prägen unsere Gesellschaft. Deshalb setzt sich die KAB für eine solidarische und sozial gerechte Zukunft der Arbeitsgesellschaft ein. Nur, wer eine Vision von einem guten Leben für alle hat, kann die richtigen Lösungswege finden. Die Vision der KAB ist die „Tätigkeitsgesellschaft“.

### *Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit!*

Die einseitige Fixierung auf die Erwerbsarbeit führt dazu, dass die Arbeitsgesellschaft nicht erneuert und die Massenarbeitslosigkeit nicht abgebaut wird. Die Probleme werden damit verschärft.

Deshalb müssen wir unser Denken verändern: Alle Formen der menschlichen Arbeit – sei es die Familienarbeit, das ehrenamtliche Engagement und die Erwerbsarbeit – sind für das soziale Zusammenleben und das Gemeinwohl gleichermaßen unerlässlich und wertvoll. Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit! Deshalb setzt die Tätigkeitsgesellschaft auf eine gleichwertige Anerkennung aller Formen der menschlichen Arbeit.

### *Neue Formen der Arbeit*

Durch Deregulierung, Flexibilisierung und Umstrukturierung in der Arbeitswelt steigen die Belastungen und Anforderungen. Dies gilt nicht nur für die Erwerbsarbeit. Die Tätigkeitsgesellschaft setzt deshalb auf neue Formen der Arbeit. Arbeit muss menschenwürdig und selbstbestimmt sein, muss persönlich und gesellschaftlich sinnvoll sein und nicht zuletzt: Arbeit muss Gemeinschaft ermöglichen. Die Soziallehre der Kirche fordert: Arbeit muss dem Menschen dienen! Arbeit hat Vorrang vor dem Kapital!

### *Arbeit teilen*

Wenn alle Menschen an allen Formen der Arbeit teilhaben und neue selbstbestimmte Arbeit wachsen soll, dann muss sie in der Tätigkeitsgesellschaft gerecht geteilt werden. Dies gilt nicht nur für die Erwerbsarbeit. Auch die Familien-, Erziehungs- und Pflegearbeit, die heute fast ausschließlich von Frauen geleistet wird, muss zwischen Männern und Frauen neu verteilt werden.

## ***Gerechte Verteilung***

Unsere Gesellschaft wird insgesamt immer reicher. Der gesellschaftlich erwirtschaftete Reichtum wird jedoch ungerecht verteilt. Eine gerechte Verteilung der Arbeit und des erwirtschafteten Reichtums ist die ordnungspolitische Maßgabe der Tätigkeitsgesellschaft.

Gutes Leben für alle in der Tätigkeitsgesellschaft!

- Gutes Leben für alle heißt: Erwerbsarbeit weiter teilen und umverteilen zwischen Frauen und Männern, damit Familie, Beruf und Ehrenamt besser vereinbar werden.
- Gutes Leben für alle heißt: die eigene Berufung finden, mehr Selbstbestimmung und Freiheit in der Arbeit.
- Gutes Leben für alle heißt: Mitgestaltung und Mitverantwortung durch Politik von unten, anstatt auf Lösungen „von oben“ zu vertrauen.

Der Umbau der Arbeitsgesellschaft ist überfällig! Die Vision der „Tätigkeitsgesellschaft“ weist den Weg zu einem guten Leben für alle!

## **Vorschläge zu Aktionen**

der Ortsverbände, der Kreisverbände und des Diözesanverbandes

- Infostände mit dem Schwerpunkt „Tätigkeitsgesellschaft“ (z. B. mit *Straßenzeitung*, usw.)
- Informationsveranstaltung gemeinsam mit anderen Verbänden mit dem Schwerpunkt „Zukunft der Arbeit“ und „Tätigkeitsgesellschaft“
- Gesprächsabend / Podiumsdiskussion mit Politikern mit dem Schwerpunkt „Tätigkeitsgesellschaft“
- Information der Öffentlichkeit durch Presseberichte von unseren Veranstaltungen und Aktionen
- Thematische Gottesdienste
- Sozialobleute (Sozialreferenten) der KAB fördern und neue gewinnen (z.B. Hilfe im Umgang mit Ämtern, Formularen, Anträgen)

Kennen wir die „Arbeitswelt“ in unserer Pfarrei / Gemeinde?

Eine „Fragebogenaktion“ gibt uns Aufschluss darüber:

- Wie viele Arbeitsplätze gibt es in unserer Pfarrei / Gemeinde?
- Wie viele Firmen haben einen Betriebs- oder Personalrat?
- Wie viele prekäre Arbeitsverhältnisse kennen wir?
- Wie viele Arbeitslose gibt es bei uns?
- Und vieles mehr ...

## **Bausteine zur Gestaltung thematischer Gottesdienste**

### **TAGESGEBET I**

Gott, Du Schöpfer des Lebens!  
Du hast uns Menschen die Erde übergeben,  
um sie zu pflegen und zu erforschen,  
um sie zu behüten und zu gestalten.  
Die Arbeit in verschiedenen Formen  
ist wesentlicher Bestandteil unseres menschlichen Lebens.  
Sie hilft uns, schöpferisch tätig zu sein –  
und dadurch, deine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu werden.  
Lass uns immer mehr erkennen,  
dass es bei der Arbeit  
nicht nur um Leistung und Geldverdienst geht,  
sondern auch um Erfüllung und Selbstentfaltung.  
Darum bitten wir dich durch Jesus Christus,  
deinen Sohn, unseren Bruder,  
der mit dir lebt und mit uns geht  
heute und alle Tage unseres Lebens.

### **TAGESGEBET II**

Guter, menschenfreundlicher Gott!  
Du hast uns Menschen als tätige Wesen geschaffen.  
Du willst, dass wir sinnvoll und kreativ arbeiten,  
dass wir nicht Sklaven der Arbeit werden.  
Hilf uns immer mehr zu begreifen,  
dass Arbeit mehr ist als Erwerbsarbeit.  
Lass uns daher alle Formen menschlicher Arbeit  
als gleichrangig anerkennen und wertschätzen.  
Schenke uns stets die Einsicht,  
dass die Arbeit für den Menschen da ist  
und nicht der Mensch für die Arbeit.  
Darum bitten wir dich durch Jesus Christus,  
deinen Sohn, unseren Bruder,  
der mit dir lebt und mit uns geht  
heute und alle Tage unseres Lebens.

## FÜRBITTEN

**Pfr.** Guter Gott, du hast die Welt geschaffen und sie uns Menschen, deinen Ebenbildern, anvertraut. Wir kommen nun mit unseren Hoffnungen und Anliegen, und rufen zu dir:

**RUF: Gott des Lebens und der Schöpfung, erhöre uns!**

1. Für alle Glieder und Leitungen der Kirche: Dränge sie, die Hoffnungsbotschaft von der Würde der menschlichen Arbeit in Wort und Tat zu verkünden.
2. Für die politisch Verantwortlichen in unserem Land: Lass sie zu einem Klima beitragen, in dem jede Form von Arbeit wertgeschätzt und finanziell anerkannt wird.
3. Für alle, die Erwerbsarbeit leisten und oft unter Druck stehen: Hilf ihnen, durch Solidarität und Mitbestimmung menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu schaffen.
4. Für die vielen ehrenamtlich tätigen Frauen, Männer und Jugendlichen: Schenke ihnen Freude und Erfüllung an ihrer Tätigkeit und lass ihre Arbeit in unserer Gesellschaft bewusster wahrgenommen und besser gewürdigt werden.
5. Für alle Mütter und Väter: Lass sie die Familienarbeit partnerschaftlicher miteinander teilen und hilf ihnen, darin nicht nur drückende Last, sondern auch Freude zu erfahren.
6. Für alle Mitglieder und Verantwortlichen der KAB: Gib ihnen ein waches Auge, ein aufmerksames Ohr und ein mitfühlendes Herz für die Freuden und Leiden, die Ängste und Hoffnungen der arbeitenden Menschen.

**Pfr.** Gott des Lebens, du willst, dass wir an der Weiterentfaltung deiner Schöpfung mitarbeiten. Schenke uns Mut, Kraft und Phantasie dazu und begleite uns mit deinem Segen. Durch Christus, unseren Bruder und Herrn. Amen.

## Vorschlag für eine **GABENPROZESSION** (*statt Fürbitten*)

Dankbar bringen wir Symbole für die vielen Formen menschlicher Arbeit zum Altar und bitten dabei, dass unsere Tätigkeiten durch Gottes Geist in menschenwürdige Arbeit verwandelt werden:

- Wir bringen diese **Bohrmaschine** als Symbol für alle schwere körperliche Arbeit.
- Wir bringen diese **Tastatur** als Zeichen für alle Büro- und Verwaltungstätigkeit.
- Wir bringen die **Nudelrolle** als Symbol für alle Haus- und Familienarbeit.
- Wir bringen den **Erste-Hilfe-Kasten** als Zeichen für alle soziale und pflegerische Tätigkeit.
- Wir bringen dieses **Fachbuch** als Symbol für alle Entwicklungs- und Forschungsarbeit.
- Wir bringen diese **Flöte** als Zeichen für alle schöpferische, musische und kulturelle Tätigkeit.
- Wir bringen diese **Uhr** (z.B. Wecker) als Symbol für alle Arten ehrenamtlicher Arbeit.

*(nach einem Vorschlag aus „Sozialpolitisches Gebet 2006“ der KAB-Aachen)*

## **GABENGEBET**

Gott des Lebens und der Freude!

Gepriesen bist du für diese Gaben von Brot und Wein.

Mit diesen Gaben bringen wir dir alle Arbeit dar –

die körperliche und die geistige,

die wir oft mühsam verrichten müssen.

Gib, dass alle Menschen dabei

genug Unterbrechung und Erholung finden,

um menschenwürdig leben und gelassen feiern zu können.

Das erbitten wir durch Jesus, deinen Sohn, unseren Bruder und Herrn.

Amen.

## **SCHLUSSGEBET**

Gott, du unser Vater und unsere Mutter!

Wir danken dir für die Ermutigung durch dein Wort  
und für die Freude des gemeinsamen Mahles.

Wir danken dir für die Fähigkeiten, die du uns geschenkt hast – für die  
Möglichkeiten, schöpferisch tätig zu sein.

Hilf uns, immer mehr zu Menschen zu werden,  
die mit Mut, Phantasie und Gelassenheit  
am Aufbau einer gerechten, solidarischen Welt mitwirken.

Lass uns stets ernst machen mit deinem Auftrag,  
für menschenwürdige, gute Arbeit einzutreten.

Darum bitten wir durch Jesus,  
deinen Sohn, unseren Bruder und Herrn. Amen.

## Anhang

### Internet Adressen

*Zu Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern*

[www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Publikationen/genderreport/](http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Publikationen/genderreport/)

*Arbeitsagentur – aktuelle Statistiken:*

<http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/000000/html/start/index.shtml>

*Interaktive Landkarte zur Leiharbeit in Deutschland:*

[http://www.boeckler.de/pdf/leiharbeit\\_interaktiv.swf](http://www.boeckler.de/pdf/leiharbeit_interaktiv.swf)

*Regionale Datenbank „Atypische Beschäftigung“*

<http://www.boeckler.de/datyp>

*Infographik*

[http://www.boeckler.de/32014\\_96797.html](http://www.boeckler.de/32014_96797.html)

*zu Globalisierung*

[www.bpb.de/globalisierung](http://www.bpb.de/globalisierung)

[www.bpb.de/wissen/MTOKQO,0,0,Impressum.html](http://www.bpb.de/wissen/MTOKQO,0,0,Impressum.html)

[www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/](http://www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)

*AG Christliche Sozialethik*

<http://www.christliche-sozialethik.de/aktuelles.html>

*Arbeitnehmerkammer Bremen*

<http://www.arbeitnehmerkammer.de/>

*Arbeitnehmer in Europa (aus gewerkschaftlicher Sicht)*

<http://www.seeurope-network.org/homepages/seeurope/home.html>

*Bibel*

<http://alt.bibelwerk.de/bibel/>

*Bundesministerium für Familie*

<http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Service/linksammlung.html>

*Christliche Sozialethik links*

<http://www.ethik.unizh.ch/ise/links.html>

*Institut für Gesellschaftspolitik München*

<http://www.hfph.mwn.de/igp/>

*Katholische Arbeitnehmerbewegung Deutschlands*

<http://www.kab.de>

*KAB Diözesanverband München und Freising*

<http://www.kabdvmuennen.de>

*Mittelstand und Familie*

<http://www.mittelstand-und-familie.de/>

*Nell-Breuning-Institut Frankfurt*

<http://www.sankt-georgen.de/nbi/index.html>

*Nachdenkseiten*

<http://www.nachdenkseiten.de/>

*Online-Magazin des Netzwerks Gesellschaftsethik e. V.*

<http://www.denk-doch-mal.de>

*Online-Familienhandbuch*

[http://www.familienhandbuch.de/cmain/s\\_295.html](http://www.familienhandbuch.de/cmain/s_295.html)

*Sozialpolitik aktuell*

<http://www.sozialpolitik-aktuell.de/>

*kritisch – sozial*

[www.labournet.de](http://www.labournet.de)

*Deutsche Bischofskonferenz*

<http://www.dbk.de/>

*Vatikan*

[http://www.vatican.va/news\\_services/press/index\\_ge.htm](http://www.vatican.va/news_services/press/index_ge.htm)

## Referenten zum Thema

<b>Charles Borg-Manché</b> Diözesanpräses und Leiter der Betriebsseelsorge	Pettenkofenstr. 8/V, 80336 München Tel.: 089 – 55 25 16 – 60 E-Mail: charles.borg-manche@gmx.de
<b>Gerhard L. Endres</b> Vorsitzender des KAB Bildungswerkes	Caroline-Henschel-Str. 25 81829 München Tel.: 089 – 94 53 97 60 E-Mail: info@endres-bildung.de
<b>Brigitte Rüb-Hering</b> Vorsitzende des KAB Bildungswerkes	Jägerweg 16, 82205 Gilching Tel.: 08105 – 2 56 17 E-Mail: B.Rueb-Hering@t-online.de
<b>Josef Haseneder</b> Diözesansekretär Sekretariat München	Pettenkofenstr. 8/V, 80336 München Tel.: 089 - 55 25 16 – 40 E-Mail: J.Haseneder@kab-dvm.de
<b>Richard Müller</b> Diözesansekretär Sekretariat Rosenheim	Pettenkofenstr. 5, 83022 Rosenheim Tel.: 08031 – 13 707 E-Mail: R.Mueller@kab-dvm.de
<b>Michaela Götz</b> Diözesansekretärin Sekretariat Freising	Landshuter Str. 58, 85356 Freising Tel.: 08161 – 21329 E-Mail: M.Goetz@kab-dvm.de
<b>Christian Bindl</b> Betriebsseelsorger, Region Süd	Pettenkofenstr. 8/IV, 80336 München Tel.: 089 – 55 25 16 – 30 E-Mail: bss.Ch.Bindl@kab-dvm.de
<b>Irmgard Fischer</b> Betriebsseelsorgerin, Region Nord	Landshuter Str. 58, 85356 Freising Tel.: 08161 – 23 30 65 E-Mail: bss.I.Fischer@kab-dvm.de
<b>Jörg M. Maier</b> Betriebsseelsorger, Region München	Pettenkofenstr. 8/V, 80336 München Tel.: 089 - 55 25 16 – 80 E-Mail: bss.J.Maier@kab-dvm.de

## Sagen wir es mit einem Lied?!

### BROT UND ROSEN

Text: Peter Maiwald / Musik: Renate Fresow

aus MC Hoffnung - nicht Angst  
erschienen in Zusammenarbeit mit der KAB, Münster  
© Kontakte Musikverlag, Ute Horn, Lippstadt



1. Wenn wir zu - sam - men gehn, geht mit uns ein schö - ner Tag, durch  
all die dunk - len Kü - chen und wo grau ein Werks - hof lag, be - ginnt  
plötz - lich die Son - ne uns - re ar - me Welt zu ko - sen und  
je - der hört uns sin - gen: Brot und Ro - sen.

2. Wenn wir zusammen gehen, kämpfen wir auch für den Mann,  
weil unbemuttert kein Mensch auf die Erde kommen kann.  
Und wenn ein Leben mehr ist als nur Arbeit, Schweiß und Bauch,  
wollen wir mehr: gebt uns das Brot, doch gebt die Rosen auch.
3. Wenn wir zusammen gehen, gehen unsre Toten mit.  
Ihr unerhörter Schrei nach Brot schreit auch durch unser Lied.  
Sie hatten für die Schönheit, Liebe, Kunst, erschöpft nie Ruh.  
Drum kämpfen wir um's Brot und wollen die Rosen da-zu.
4. Wenn wir zusammen gehen, kommt mit uns ein besserer Tag.  
Die Frauen, die sich wehren, wehren aller Menschen Plag.  
Zu Ende sei, daß kleine Leute schufteten für die Großen.  
Her mit dem ganzen Leben: Brot und Ro-sen ! Brot und Ro-sen !

Lied aus dem Jahre 1912, entstanden bei einem Streik von Textilarbeiterinnen und Arbeitern in Lawrence, USA. Der Streik richtete sich gegen die Hungerlöhne und die Kinderarbeit. Dieser Streik, in dem die Frauen besonders entschieden für ihre Interessen kämpften, wurde durch die zahlreichen Lieder berühmt, die sie auf Demonstrationen, vor den Werktoeren und in der Stadt sangen. Das Gedicht „Brot und Rosen“ geht auf ein Transparent der Arbeiterinnen zurück, auf dem stand: „We want bread and roses, too ! - Wir wollen Brot, aber auch Rosen !“  
„Brot und Rosen“ - diese Worte wurden zum Motto der amerikanischen Frauenbewegung.  
Zu der Übersetzung des Liedes von Peter Maiwald machte die Heidelberger Sängerin Renate Fresow 1978 die vorliegende Melodie.

## Arbeitergebete (Ja, Herr, wir haben Hände)

Ja, Herr, wir ha- ben Hän- de gleich den  
die- ser Welt zählt man uns zu den

Dei- nen und un- ser Tag ist wie der  
Klei- nen und kei- ner fragt uns, was wir

Dei- ne war. In mei- nen.  
tun und

Nur dei- nem Her-zen ist es of- fen- bar.

The musical score is written in G major and 4/4 time. It consists of four staves of music with corresponding lyrics and guitar chords. The chords are: H, H7, Em, Am7, D, H, Em, D, G, Em, Am, G, Am7, D7, 1. G, H, 2. G, G, Hm7, Em, Em7, Am7, G, Am7, G, Am7, D4, G.

2. Wir stehen auf und sind noch müd von gestern und legen uns mit neuen Sorgen hin. Was wissen unsre Brüder, unsre Schwestern, wie die Maschinen unsre Seelen lästern! Man gibt uns Lohn. Gib Du dem Leben Sinn!

3. Du trugst dieselben Schwielen an den Händen! Dein Kreuz war schwer wie unsrer Arbeit Last. Wir bitten nicht, Du mögst dies alles wenden. Ein Zeichen nur laß Deine Liebe senden! Daß Du uns Bruder bist in Werk und Rast!

Worte: Fritz Morgenschweis, Weise: Hans Huber





## Impressum:

### **Herausgeber:**

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB)  
Bildungswerk e.V. und Diözesanverband München und Freising e.V.  
Pettenkoflerstr. 8/V, 80336 München  
Tel.: 089 – 55 25 16-0, Fax.: 089 – 55 02 132  
E-Mail: [info@kab-dvm.de](mailto:info@kab-dvm.de)  
Internet: [www.kabdvmuennenchen.de](http://www.kabdvmuennenchen.de)

### Auswahl der Texte:

DP Charles Borg-Manché, Christian Bindl, Gerhard L. Endres, Josef Haseneder

Zusammenstellung: Josef Haseneder,

Druck: mailing4you e. K., Siemensstr. 24, 84109 Wörth

Ausgabe: Dezember 2009

Schutzgebühr: € 3,--